



AUSGABE 15 · 33. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 17.12.2002

Steinkohle

Um die Zukunft des Steinkohlenbergbaus wurde in der Aktuellen Stunde gerungen. SPD und FDP hatten beantragt, das Thema – mit jeweils unterschiedlicher politischer Zielrichtung – auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen.

S. 3

Haushalt

Zweite Lesung des Landeshaushalts 2003, den der neue Finanzminister Jochen Dieckmann zu vertreten, den er aber nicht aufgestellt hat. Das geschah noch unter Finanzminister Peer Steinbrück, der jetzt Ministerpräsident des Landes ist.

S. 4

Integration

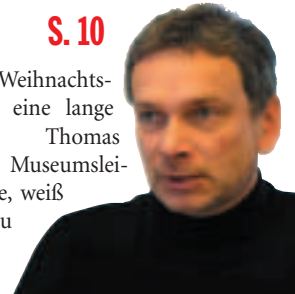
Über die Integration der türkischstämmigen Deutschen führte Landtag intern ein Gespräch mit Professor Dr. Faruk Şen. vom Zentrum für Türkeistudien in Essen. Auch die deutsche Weihnacht spielt dabei eine Rolle.

S. 12

Krippen

Die Weihnachtskrippe hat eine lange Geschichte. Thomas Ostendorf, Museumsleiter in Telgte, weiß darüber zu berichten.

S. 10



Das Sparschwein könnte neben dem westfälischen Ross für die nächsten Jahre das Landeswappenzieren: Es gibt keine Wohltaten mehr zu verteilen, allenfalls Zuminungen, stimmt Ministerpräsident Steinbrück die Menschen auf die Kassenlage des Landes ein, das Steuerausfälle von 1,4 Milliarden Euro ausgleichen und daher an allen Ecken und Enden sparen muss. Die Koalitionsfraktionen im Landtag bemühen sich, die notwendigen Kürzungen gerecht und sozial ausgewogen vorzunehmen. Die Opposition dagegen sieht die Landesregierung „finanziell am Ende“. In ihren Augen passt ein Sparhaushalt nicht in die konjunkturelle Situation.

Foto: Schälte

Haushalt für 2003: Das Motto heißt „Sparen!“



Wort und Widerwort:

Wie sinnvoll ist die Fusion der beiden Universitäten Duisburg und Essen?

Laut und heiß – so läuft derzeit die Fusion der beiden Revier-Universitäten Duisburg und Essen ab. Von der Landesregierung in die Wege geleitet, weil jede Hochschule für sich allein nicht lebensfähig ist, wehren sich die Beteiligten nach Kräften gegen den Zusammenschluss und drohen mit Klage. Das Landesparlament ist gespalten: Die Opposition hat sich der Ablehnungsfront angeschlossen, die Koalition hält im Interesse der Zukunftssicherung an der Fusion fest. Mehr darüber bei „Wort und Widerwort“ auf Seite 8.

Inhalt

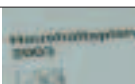
Inhalt/Relaunch Landtag intern **2**

Weihnachtsgrüße des Landtagspräsidenten **3**

Zukunft des Steinkohlebergbaus. **3**

Haushaltsdebatte **4**

Landtag verabschiedet in zweiter Lesung den Etat. Die Haushaltspläne aller Ressorts der Landesregierung dagegen stießen auf Ablehnung durch die Opposition.



Wort und Widerwort **8**

Wie sinnvoll ist die Fusion der beiden Universitäten Duisburg und Essen? Die Fraktionen diskutieren kontrovers.

Landeshundegesetz geht in die 3. Lesung: Bissige Statements der Opposition. **9**

Die Krippe **10**

Vom religiösen Feiertag zum Fest der Familie – Weihnachten in Deutschland.

Interview: Prof. Dr. Faruk Şen **12**

Er spricht über die Integration von türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.



Kein Geld für Versorgungsrücklage **14**

Einsparungen bei den Personalkosten.

Landesbetriebe machten Gewinn. Die erwirtschafteten Überschüsse werden zur Hälfte an den Landeshaushalt abgeführt. **14**

Land prüft Klage gegen Verluste durch Investitionen in Pleite-Fonds. **15**

Das Jahr 2002 im Landtag **16**

Ein Rückblick auf die herausragenden Ereignisse der Landespolitik.



Menschenwürdige Pflege **19**

Enquetekommission „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“ stellt Ihre Arbeit vor.



„Pille“ und Rauchen erhöhen das Risiko von Erkrankungen. **19**

Aktuelles aus den Ausschüssen **20**

LEG Oberhausen: Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen diskutiert über mögliche Verkaufsabsichten. **21**

FC Landtag : MSV Duisburg **21**

Aus den Fraktionen **22**

Das Portrait: Wolfgang Gerhards (SPD) **23**

Änderung des Abgeordnetengesetzes. **23**
 Impressum



Geburtstage und Personalien **24**

Relaunch bei Landtag intern

Neuer Schwung im NRW-Landtag: Landtag intern hat sich einen frischen Anstrich gegeben. Das Info-Magazin erscheint ab sofort lesefreundlicher, übersichtlicher und aktueller. Inhaltlich setzt die Redaktion auf das bewährte Konzept: Landtag intern berichtet auch künftig über alle Fraktionen hinweg parteineutral und ist somit ein wichtiges Nachschlagewerk für alle an der Landespolitik Interessierten, Landtagsabgeordnete, Freunde und Mitarbeiter des Landtags.

Immer wieder hat die Redaktion kleine Veränderungen im Layout vorgenommen. Aus Schwarz-Weiß wurde Farbe, das Papier etwas feiner, das Layout klarer. Doch für einen richtigen Relaunch brauchte das Landtag-intern-Team Profis, die das technisch umsetzen, was sich die Redaktion ausgedacht hat. Herausgeber und Präsident des Landtags Ulrich Schmidt und sein Team entschlossen sich aus diesem Grund, Landtag intern überarbeiten zu lassen. Ziel war es, die Zeitschrift, die seit 33 Jahren veröffentlicht wird, grafisch zu verjüngen. Die Berichte und Protokolle aus den Ausschüssen und über Plenarsitzungen, die aktuellen Nachrichten, die Porträts der Abgeordneten, die Standpunkte der Fraktionen, all das soll künftig in einem frischen Layout aufbereitet werden. Optisch neu, inhaltlich bewährt: ersetzt werden die bisherigen Schrifttypen, der Inhalt wurde neu strukturiert und ein neues Farbkonzept erarbeitet. Quelle der Inspiration war der Landtag selbst. Das Landtagsgebäude ist modern und hell, die Atmosphäre mit viel Holz sehr freundlich und das soll Landtag intern auch nach Außen hin transportieren. Daher orientieren sich die Farben und die organischen Formen für das Heft an der Architektur des Landtags und an seinem neuen Logo.

LESEFREUNDLICH

Mit der optischen Neugestaltung wurde vor allem der Inhalt des Magazins aufgewertet. Lesefreundlich und übersichtlich präsentiert sich die Zeitschrift des Landtags nun als unentbehrliches Werkzeug und als informatives Nachschlagewerk für alle Landtags-Interessierten.

Um in Zukunft noch besser den Überblick zu behalten, bietet Landtag Intern jetzt zudem Sammelschuber an. Wer mit dem neuen Jahr also auch Ordnung in sein Archiv bringen will, kann die praktischen Schuber einfach bestellen – eine Postkarte ist auf der Rückseite dieses Heftes beigefügt. Und natürlich sind auch Kritik und Anregungen zum neuen Landtag intern willkommen. Positive und negative Rückmeldungen nimmt die Pressesprecherin des Landtags gerne entgegen. Ihre eMail-Adresse: stephanie.hajdamowicz@landtag.nrw.de

Liebe Leserinnen und Leser!

Vielleicht geht es Ihnen wie mir: ich habe das Jahr 2002 als überaus spannend und ereignisreich, aber vor allem als sehr wechselhaft empfunden. Erfolge und Hiobsbotschaften lagen nah beieinander. Lassen Sie mich auf einige Politikfelder kurz hinweisen:

Die demokratische Welt ist nach den schrecklichen Anschlägen des 11. September 2001 näher zusammengedrückt. Die Erfolge einer konsequenten Politik der internationalen Terrorismusbekämpfung sind unübersehbar. Auch wir in Nordrhein-Westfalen haben mit unserem Programm zur Verstärkung der Inneren Sicherheit dazu einen Beitrag geleistet.

Wir haben auch im Jahr 2002 weitere beachtliche Erfolge bei der Bewältigung des Strukturwandels und der Ansiedlung neuer, zukunftsweisender Technologien erzielt. Trotzdem sind unsere Erwartungen an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht in Erfüllung gegangen, so dass auf dem Arbeitsmarkt und bei den öffentlichen Finanzen noch keine Entspannung zu verzeichnen ist. Dieser Entwicklung konnte sich auch Nordrhein-Westfalen nicht entziehen.



PISA hat uns aufgeschreckt – keine Frage. Alle haben erkannt: Wir müssen die Bildung verstärkt in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Das beginnt mit der Überprüfung der Lerninhalte im Kindergarten und hört mit dem Ausbau der Ganztagsangebote in der Schule längst nicht auf. Im übrigen: Dazu gehören auch zusätzliche Anstrengungen bei der Integration insbesondere junger Zuwanderer, die Teil unserer Zukunft sind.

Was mir besonders am Herzen liegt, ist die Solidarität mit den Schwachen in unserer Gesellschaft. Trotz des enormen Konsolidierungsdrucks bei den öffentlichen Finanzen gilt auch für den soeben verabschiedeten Landeshaushalt 2003:

Das soziale Netz wird nicht reißen, die Strukturen der sozialen Sicherungssysteme bleiben erhalten. Gleichwohl müssen sie unter dem Druck der demographischen Entwicklung weiter reformiert werden, wenn sie ihre Funktionsfähigkeit nicht verlieren wollen. Ich bin sicher, dass die Menschen mehrheitlich bereit sind, den Weg der Konsolidierung mitzugehen und Einschnitte und Einschränkungen mitzutragen, wenn garantiert ist: die

soziale Balance bleibt gewahrt und die Grundelemente der Daseinsvorsorge und Infrastruktur sind nicht gefährdet.

Für das Jahr 2003 stehen Entscheidungen an, die uns nicht weniger abverlangt werden als bisher. Die Themen sind bekannt. Auf eine Entscheidung haben wir jedoch keinen Einfluss: auf die Bewerbung der Region Düsseldorf-Rhein-Ruhr für Olympia 2012. Sie ist inzwischen zu einer Herzensangelegenheit der Menschen geworden. Der Landtag unterstützt diese Bewerbung nachdrücklich und sieht mit Spannung der Entscheidung des NOK entgegen.

Die Zeit, die vor uns liegt, ist nicht die Zeit des Zu- und Wegschauens, sondern des Zupackens. Darum bitte ich Sie sehr herzlich und danke für Ihr vielfältiges bürgerschaftliches Engagement.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein schönes, besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Jahr 2003.

Es grüßt Sie herzlich

Ulrich Schmidt, Landtagspräsident

Aktuelle Stunde zur Zukunft des Steinkohlenbergbaus

Aktuelle Stunde über die Zukunft des Steinkohlenbergbaus in Nordrhein-Westfalen: SPD und FDP hatten sie für Freitag, den 13. Dezember beantragt. Bergleute in Arbeitskluft auf der Zuschauertribüne. Im Rund unter ihnen ein lebhafter parlamentarischer Schlagabtausch. Die CDU wollte eine Antwort auf die Frage: „Was erwartet die heute 30jährigen Bergleute im Jahr 2010?“ Edgar Moron (SPD) gab sie in seinem Zwischenruf: „Arbeitslosigkeit“. Lebhaftige Unruhe im Saal.

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, bedauerte den Zerfall der Kohlefraktion im Landtag durch die jüngsten Vorschläge der CDU-Fraktion. Die SPD dagegen wolle die Fortsetzung des Steinkohlenbergbaus im Lande – „das hat nichts mit Nostalgie zu tun!“ Die CDU sei auf dem falschen Weg, denn der von ihr geforderte Ausstieg sei teurer als die Weiterführung der Förderung bei weiter degressiven Mengen, betonte Moron. Die CDU nehme in Kauf, dass die Arbeitslosigkeit in den Bergbauregionen empor schnelle. Denn das sei unweigerlich die Folge, wenn in den nächsten Jahren auf Grund der CDU-Vorstellungen bis zu 6.000 Bergleuten betriebsbedingt zu kündigen sei.

Dr. Ingo Wolf, Vorsitzender der FDP-Fraktion, meinte mit Blick auf die Höhe der Steinkohlesubventionen der letzten Jahre: „Diese Zahlen lassen schau-

dern“. Anstatt Zuschüsse in eine rückwärts gewandte Technologie zu pumpen schlug er vor, die Subventionen erst zu halbieren, dann zu streichen. „Wir sollen statt Kohle abbauen Schulen aufbauen“. Sein Rezept: „Mehr Kohle für Bildung und Infrastruktur in diesem Lande“.

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, appellierte an die SPD, sich ihrer Verantwortung zu stellen. Niemand könne die Logik des Gedankens nachvollziehen, dass die Rückführung teurer sei als der Ausstieg. Die Subventionen für die Steinkohle seien nicht mehr zu leisten, weil das Land „pleite“ sei. Wer wie die SPD verspreche, es solle bei einer Jahresförderung von 20 Millionen Tonnen bleiben, „der belügt die Menschen und bekommt die Haushaltsprobleme nicht in den Griff“.

Reiner Priggen (GRÜNE) meinte, es sei Aufgabe der Politik, den weiteren Umgang mit der Steinkohle realistisch zu organisieren. Dazu sei die FDP mit ihrer populistischen und realitätsfernen Position nicht in der Lage. Es gehe in der kommenden Zeit darum, wie die Subventionen für den Bergbau zu reduzieren sind und wie hoch der Sockel aus hier geförderter Steinkohle sein müsse. Für die Grünen gebe es dabei „keine Alternative für die Fortführung des Gleitflugs aus der Steinkohle“.

Energieminister Dr. Axel Horstmann (SPD) bestand darauf, bei der kommenden Entscheidung über

die langfristige Zukunft der Steinkohle müssten die ökonomischen, ökologische und technologischen Fragen einbezogen werden. Der deutsche Energiemix habe heimische Steinkohle ebenso wie Mineralöl, Erdgas und erneuerbare Energien einzubeziehen. 13 Millionen Jahrestonnen, die die CDU anstrebe, reichten nicht zur Absicherung eines langfristig lebens- und leistungsfähigen Kernbergbaus. Sie hätten massive Kündigungen von Bergleuten zur Folge und stünden im eklatanten Widerspruch zu den energie-, technologie- und industriepolitischen Zielen, die die NRW-Landesregierung verfolgt. Ein „Sturzflug aus der Kohle“ belaste weiter die öffentlichen Haushalte, ohne dass sofort „fresh money“ für andere Zwecke zur Verfügung stünde.



Bergleute haben Angst um Ihre Zukunft. Foto: Schälte

Nach zweitägiger Redeschlacht: Landtag verabschiedet in zweiter Lesung den Etat

Nach Beratung am 11. und 12. Dezember hat der Landtag den Haushalt für das kommende Jahr zusammen mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz in zweiter Lesung verabschiedet. Die dritte Lesung findet am 18. Dezember statt. In der kontrovers geführten Debatte gab es Einstimmigkeit nur bei den Etats von Landtag und Landrechnungshof: Sie wurden ohne Gegenstimme angenommen. Die Haushaltspläne aller Ressorts der Landesregierung dagegen stießen auf Ablehnung durch die Opposition und wurden mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen verabschiedet. Die Berichterstattung über die zweite Lesung wird in der nächsten Ausgabe von Landtag intern fortgesetzt.

WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND

Christian Weisbrich (CDU) warf der Landesregierung Versagen bei Beschäftigung und Wachstum vor. NRW trage in Deutschland die rote Laterne. Überproportionale Einsparungen seien verheerende Signale. Besonders ärgerlich sei die Halbierung der Wirtschaftsfördermittel. Investitionsfreude werde ausgetrieben durch Steuererhöhungen auf Bundesebene.

Werner Bischoff (SPD) hielt deutliche Einschnitte im Haushalt für unvermeidbar. 276 Millionen Euro für Wirtschaftsförderung einschließlich EU-Mittel seien 28,5 Prozent weniger als 2002. Die SPD unterstütze aber die richtigen Akzente, etwa bei Meister- und Gründungsförderung. Miesmacherei solle aufhören. Die Kohlebeihilfen würden gegenüber 2002 um 46 Millionen Euro gesenkt und erst 2004 ausbezahlt.

Dr. Gerhard Papke (FDP) befürchtete, bis Jahresende seien 10000 mittelständische Betriebe in NRW zahlungsunfähig. Hausgemachte Fehler seien ursächlich für die tiefe Rezession in NRW. Aus dem neu zugeschnittenen Ressort müsse ein echtes Mittelstandsministerium werden. Die Hälfte des Wirtschaftshaushaltes gehe noch immer in die Kohlebeihilfen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) versprach Vorfahrt für den Mittelstand. Im Bereich Wirtschaft gingen die Mittel um 18 Prozent zurück. Die Situation sei schmerzhaft. Aber die Meistergründungsprämie bleibe erhalten, das erfolgreiche Beratungsprogramm werde fortgeführt. Bei Existenzgründungen sollten Frauen und Migranten besonders unterstützt werden.

Harald Schartau (SPD), Minister für Wirtschaft und Arbeit, erwähnte den Aufbau Ost als eine der Hauptursachen, aber auch als historische Aufgabe, auf die wir stolz sein könnten. Branchenorientierung sei Kernelement seiner Wirtschaftspolitik. Einzelunternehmen mit wirtschaftlicher

und sozialer Verantwortung verdienten Erleichterung und Hilfe.

VERKEHR UND ENERGIE

Heinz Hardt (CDU), meinte gekürzt werde bei Erhaltungsinvestitionen, Neubaumaßnahmen, Radwegen und Lärmschutz. Schlimm sei der Wegfall von Arbeitsplätzen dadurch in der Bauindustrie. Der Metrorapid stehe finanziell auf sehr wackligen Füßen, die Kostensteigerung werde bis zu 200 Millionen Euro betragen. Keiner übernehme das Risiko.



Heinz Hardt (CDU)



Gerhard Wirth (SPD)



Christof Rasche (FDP)

Gerhard Wirth (SPD) äußerte sich zufrieden mit 2,2 Milliarden Euro für den Verkehr im Jahre 2003. Der Haushalt sei ehrlich, die SPD habe nichts verändert. Bei Straßenunterhaltung zu sparen, tue weh. Das Finanzierungskonzept für den Metrorapid erwarte er Anfang 2003.

Christof Rasche (FDP) warf der Landesregierung bewusste Unterlassung beim Straßenbau und verfehlte Prioritäten beim Verkehrschaos in NRW vor. Bei Luftverkehr, Stra-

ßenbau und Metrorapid verfolgten die GRÜNEN ganz andere Ziele, das führe zum Stillstand in der Verkehrspolitik.

Peter Eichenseher (GRÜNE) räumte ein, ein Großteil unstrittiger Verkehrsprojekte bei Bus und Bahn liege auf Eis. Die 11000 Zugkilometer seien zu teuer erkaufte worden. Die Bahn AG wolle auch die Trassenpreise bis zu 40 Prozent erhöhen. Bei staatlicher Verantwortung für das Netz würde solche Abzockermentalität beendet.



Peter Eichenseher (GRÜNE)

Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) verwies auf die Änderung des Regionalisierungsgesetzes, die öffentlichen Nahverkehr auf hohem Niveau in guter Qualität sichere. NRW sei Bahnland Nummer Eins. Die Mittel für Erhaltungsinvestitionen bei Landesstraßen blieben auf dem Niveau von 2002.



Dr. Axel Horstmann (SPD)

ARBEIT, TECHNOLOGIE, QUALIFIKATION UND WEITERBILDUNG

Rudolf Henke (CDU) machte die Landesregierung für die Lage auf dem nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt verantwortlich. Wenn jetzt die Landesregierung die Arbeitsmarktprogramme um 30 Millionen kürze, dann gestehe sie damit entweder das Scheitern ihrer Arbeitsmarktpolitik ein oder sie erwarte wenig von diesen Programmen. Auch die Zahl von 90.000 arbeitslosen Jugendlichen in NRW sei schmerzhaft; die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge gehe zurück.

Horst Vöge (SPD) vermisse, wenn die CDU schon kritisiere, Änderungsanträge der Opposition. Die FDP wolle ein paar Kürzungen und mache ein paar Vorschläge zu den Landesgesellschaften. Auch die Arbeitsmarktpolitik sei von Einsparungen nicht auszunehmen, auch nicht die Werkstätten für Behinderte, aber kein einzige Projekt sei gefährdet. Mit insgesamt 307 Millionen Euro sei immer noch eine gute Arbeitsmarktpolitik zu machen.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) meinte, das beste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei eine gute Wirtschaftspolitik. Dass die Mittel für das Programm „Jugend in Arbeit“ nicht geschmälert werden, lobte sie. Sie kritisierte aber die Kürzungen im Bereich benachteiligter Jugendlicher und schwer vermittelbarer Erwachsener.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) sah in der Zusammenlegung von Wirtschaft und Arbeit in einem Ressort eine Chance, zukünftig mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Im Technologiebereich gebe es trotz Kürzung (um 3,7 Millionen Euro) noch genügend Spielraum für eine innovationsorientierte Technologiepolitik. Vor allem sollten die Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen durch Information und Bündelung weiter verbessert werden.

Ralf Witzel (FDP) warf der Landesregierung bei der finanziellen Förderung der Weiterbildung Wortbruch vor. Vor dem Hintergrund der früher ausgeschlossenen Kürzung und des jetzigen „Kahlschlags“ habe sich Rot-Grün „demaskiert“. Witzel: „Vertrauensschutz ist für Sie ein Fremdwort“.

Minister Harald Schartau (SPD) warnte davor zu träumen, mit Arbeitsmarktpolitik allen sei die Arbeitslosigkeit zu beseitigen oder wenn die Konjunktur wieder anspringt, verschwinde die Arbeitslosigkeit. Man stehe vor einer entscheidenden Weichenstellung im anderen Umgang mit Arbeitslosigkeit.

SOZIALES

Rudolf Henke (CDU) führte exemplarisch einige Kürzungen im Sozialhaushalt an und erwähnte die Ansätze seiner Fraktion, das zu verhindern und damit Nordrhein-Westfalen auch künftig ein soziales Land sei. Wer aber wie Rot-Grün ziel- und planlos in allen Bereichen kürze und damit die sozial Schwachen trifft, der lege einen sozial nicht ausgewogenen Haushalt.

Horst Vöge (SPD) sagte zu, an der gewachsenen sozialen Infrastruktur im Lande werde nicht gerüttelt. Aber maßvolle, ausgewogene Einsparungen seien auch im Sozialetat unumgänglich: „Die sozialen Strukturen bleiben gesichert, und das soziale Gefüge in unserem Land ist in der Waagschale geblieben“.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) gab ihren Verdacht zu Protokoll, die drastischen Einsparungen würden von der Landesregierung jedes Jahr nur deshalb vorgeschlagen, damit die rot-grünen Koalitionsfraktionen Gelegenheit für Anträge zu einer moderaten Rücknahme der Kürzungen finden. Angesichts der dramatischen finanziellen Lage seien Kürzungen auch im sozialen Bereich notwendig, „aber sie dürfen nicht diejenigen treffen, die sich selber nicht helfen können“.

Marianne Hürten (GRÜNE) führte als wichtige Vorhaben das Gleichstellungsgesetz und die Novellierung des Landespflegegesetzes im kommenden Jahr an. Dies und die Korrekturen, die man im Haushaltsentwurf vorgenommen habe, spiegelten Ziele der Grünen wider. Ihre Fraktion habe Schwerpunkte und ihre Akzente im Bereich der

Pflege und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen richtig gesetzt.

Ministerin Birgit Fischer (SPD) machte darauf aufmerksam, selbst in Zeiten strikter Haushaltskonsolidierung würden Menschen gezielt unterstützt und gefördert, die der solidarischen Hilfe tatsächlich bedürften; „gleichzeitig wollen wir Infrastrukturen und Netzwerke aber so umgestalten, dass Eigeninitiative und Selbsthilfe noch besser zur Geltung kommen“.

MIGRATION

Thomas Kufen (CDU) stellte klar: „Alle hier im Landtag wollen den Erfolg der Integration und der Integrationsoffensive. Aber hier und jetzt muss eingelöst werden, was wir in der Integrationsoffensive vereinbart haben“. Aber damit sei die Landesregierung völlig überfordert. Mangelnde Integration zeige sich in sozialer Benachteiligung und führe zu sozialen Spannungen. „Erfolgreiche Integration führt zu wirtschaftlichem und kulturellem Reichtum“. Integrationspolitik bedeute Anspruch und Anstrengung.

Britta Altenkamp (SPD) urteilte, den Schwerpunkt Migrationspolitik werde es in NRW weiter geben; er sei von Einsparungen „nicht über Ge-



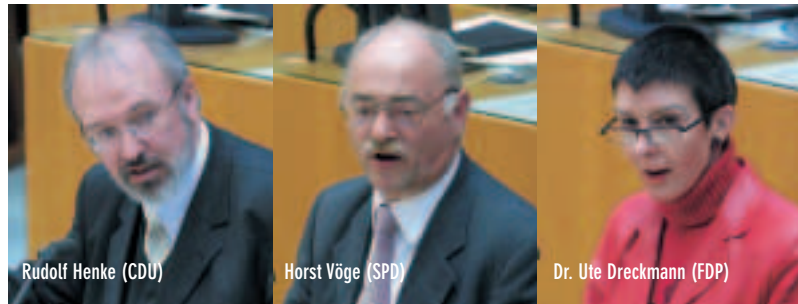
bühr betroffen“. Härten habe man zu verhindern gewusst.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) hielt nichts davon, den Volkshochschulen ihre Gelder für Sprachkurse für Menschen mit Migrationshintergrund zu kürzen. Die von Bund und Land vorgesehenen Mittel müssten aufgestockt werden.

Sybille Haussmann (GRÜNE) sah im vorliegenden Haushalt den richtigen Rahmen, durch gesteigerte

Effektivität, Zielgenauigkeit und Kreativität bei der Integration noch mehr zu erreichen.

Ministerin Birgit Fischer (SPD) sekundierte, ob nun das umstrittene Zuwanderungsgesetz zum 1. Januar in Kraft treten kann oder nicht, die Landes-



regierung werde Zuwanderer so früh und umfassend wie möglich mit der deutschen Sprache und mit der Staats- und Gesellschaftsordnung Deutschlands vertraut machen. Es bestehe Einverständnis, dass NRW ein Land bleiben soll, „in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Religion, Hautfarbe oder ethnischer Zugehörigkeit friedlich miteinander leben können“.

SCHULE

Bernhard Recker (CDU) folgerte: Keine einzige PISA-Forderung sei von der Koalition eingefordert und von der Landesregierung umgesetzt worden. Stattdessen werde gekürzt, Stellen würden abgebaut, Eltern an den Kosten beteiligt. Dagegen die CDU mit ihren Anträgen: 8.600 zusätzliche Lehrerstellen für die nächsten Jahre, Wiedereinführung einer Stellenreserve und zusätzlich 35 Millionen Euro für den Ausbau der Ganztagschulen.

Manfred Degen (SPD) hielt der CDU vor, er könne nur erneut betonen, dass man im Lande zwar einen Sparhaushalt fahren müsse, der um insgesamt 0,9 Prozent zurückgehe. Im Bildungshaushalt eine Steigerung von 2,74 Prozent mache die Priorität der Bildung deutlich.

Ralf Witzel (FDP) diagnostizierte, auch ein Jahr nach der PISA-Untersuchung hätten die ernüchternden Befunde weiterhin Gültigkeit. Seine Fraktion verfolge mit ihren Anträgen das Ziel, Mittel aus den politischen Betätigungsfeldern der Vergangenheit abzuziehen und zugunsten eines modernen und leistungsfähigen Bildungssystems einzusetzen.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, befand, der Vorrang für die Bildung habe die Haushaltsberatungen für das kommende Jahr maßgeblich bestimmt. Im kommenden Jahr begännen alle dritten Klassen an allen Grundschulen mit dem Englischunterricht. Die offene Ganztagschule im Primarbereich werde besser ausgestattet. Dadurch werde die Chancengleichheit erhöht.

Ministerin Ute Schäfer (SPD) machte der Opposition den Vorwurf, es gehe ihr in erster Linie nicht um Verbesserungen, sondern um Polemik. Trotz schwieriger finanzwirtschaftlicher Rahmenbedingungen setze der Haushalt im Politikfeld Schule, Jugend und Kinder eindeutig Prioritäten. „Bei sinkendem Gesamtetat steigen die Ausgaben für den Schulbereich überproportional auf insgesamt 11,4 Milliarden Euro. Wir haben da Wort gehalten“.

WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Manfred Kuhmichel (CDU) sagte, mit der Streichung von sieben Millionen Euro aus dem Innovationsfonds kürze die Landesregierung vertraglich zugesagte Finanzmittel. Die Ministerin solle einen „Hochschulgipfel“ ein, zu dem sich alle Beteiligten zusammenfinden, um über Planungssicherheit, Deregulierung und Wettbewerb, Investitionen und Betreuung der Studierenden zu reden. Der Sprecher regte eine PISA-ähnliche Untersuchung für den Hochschulbereich an.

Dietrich Kessel (SPD) ging davon aus, dass der Qualitätspakt Bestand habe. Das wüssten die Hochschulen auch zu schätzen. Der Beitrag zur Haushaltskonsolidierung müsse geleistet werden. Dennoch wiesen die Ausgaben des Wissenschaftshaushalts im kommenden Jahre eine Steigerungsrate von 3,4 Prozent auf.

Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) widersprach: „Dieser Haushalt ist, gelinde gesagt, ein Desaster für Wissenschaft und Forschung in diesem Lande“. Obwohl man – unbestritten – die dichteste Hochschullandschaft habe, über Spitzenforschung und Spitzenwissenschaftler verfüge, müsse man in vielen Punkten noch besser werden: Zu wenig Studierende, negative soziale Auslese, zu lange Studienzeiten, hohe Abbrecherquote.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) bekannte: „Wir halten auch in finanziell schwierigen Zeiten unser Wort gegenüber den Hochschulen“; das mache eine gute und handlungsfähige Regierungskoalition aus.

Ministerin Hannelore Kraft (SPD) sage, die Landesregierung stehe zum Qualitätspakt. Das werde schon dadurch deutlich, dass sie vor kurzem gemeinsam mit den Hochschulen eine ergänzende Erklärung unterzeichnet habe. Darüber hinaus würden von 2003 an auch die Fachbereiche Medizin in den Geltungsbereich des Paktes einbezogen: Was PISA für Hochschulen angeht: „Da sind wir dran“.

FRAUEN UND FAMILIE

Regina van Dinther (CDU) sah im Bereich des Frauenhaushaltes eine globale Minderausgabe von 28 Millionen Euro, die umzusetzen sei. Sie klagte über das veränderte politische Klima: Früher seien wichtige Vorhaben breit und in einem offenen Prozess diskutiert worden, „heute gibt es Erlasse nach dem Motto: Vogel friss oder stirb!“

Renate Drewke (SPD) benannte die Eckpfeiler sozialdemokratischer Frauenpolitik, die für das nächste Jahr gesichert werden: Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Förderung der Erwerbstätigkeit und berufliche Chancengleichheit sowie gerechte Teilhabe in allen Lebensbereichen.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) sprach sich für eine Trennung von Frauenpolitik auf der einen und Familienpolitik und Kinderbetreuung auf der anderen Seite aus. Familienpolitik sei eine Aufgabe von Männern und Frauen. Die Familien seien nun die Verlierer der Entscheidungen der Bundes- und der Landesregierung bei ihren Versuchen der Haushaltskonsolidierung.

Marianne Hürten (GRÜNE) hob die breite Solidarisierung und Unterstützung während der Beratungen des Frauenausschusses hervor. Eine Rolle habe bei den Projekten und Angeboten die Frage gespielt, was davon Landesaufgabe und was kommunale Aufgabe ist.

Ministerin Birgit Fischer (SPD) verwies darauf, dass Forderungen in Bezug auf Frauenförderung, Gleichstellung und Gender-Mainstreaming sich nicht allein an Bund und Land richteten, „sondern ebenso an die Kommunen“. Eine kommunale Beteiligung an der frauenpolitischen Infrastruktur im Land finde seit Jahren aber nur unzureichend statt, klagte die Ministerin.

JUGEND

Thomas Mahlberg (CDU) lobte die einstimmige Erhöhung der Mittel für kommunale Erziehungsberatungsstellen um fünf Millionen Euro durch den Ausschuss. Verheerend sei die Kürzung dagegen für Jugendwohnen. Leider seien von der CDU beantragte zusätzliche Investitionsmittel für Kindergärten abgelehnt worden.

Bernd Flessenkemper (SPD) wertete die Steigerung des Einzelplans um 20 Millionen Euro und die Rücknahme der Kürzung bei Familienerho-

lung um drei Millionen Euro positiv. Die Grundförderung nach dem Landesjugendplan werde fortgeführt.

Christian Lindner (FDP) wies darauf hin, dass 88 Prozent der Ausgaben des Ressorts auf Gesetzen beruhten. Für die Förderung nur noch von Einrichtungen mit einer Ausländerquote von 50 Prozent reichten die Mittel nicht aus. Ankündigungen, gebrochenen Zusagen und falschen Prioritäten könne die FDP nicht zustimmen.

Ute Koczy (GRÜNE) erklärte, auch in dem gekürzten Haushalt ziehe die Koalition klare Kante für Bildung und Betreuung. Für Sprachförderung seien die Mittel auf 5,7 erhöht und für Schülertreffs 2,5 Millionen Euro mehr veranschlagt worden.

Ute Schäfer (SPD), Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, bekannte sich zu NRW als kinder- und jugendfreundlichem Land. Zentrales Instrument sei der Landesjugendplan mit 93 Millionen Euro. Jugendhilfe sei eine kommunale Aufgabe. Die offene Ganztagsgrundschule mit Multiprofessionalität sei eines ihrer wichtigsten Vorhaben.

GESUNDHEIT

Rudolf Henke (CDU) bedauerte besonders die Kürzung bei ambulanter Hospizarbeit und kritisierte einen Verschiebepark auf die Krankenkassen durch die Berliner Politik, der auch die NRW-Ministerin nichts entgegensezte. Henke zählte milliardenschwere Folgekosten durch Süchtige auf und kritisierte Kürzungen bei der Suchtbekämpfung.

Michael Scheffler (SPD) begrüßte die Zustimmung der Fraktionen bei Sterbehilfe und wies auf heute 240 ambulante und 35 stationäre Hospize in NRW hin. Das eigentliche Problem im Gesundheitswesen liege bei Milliardenausgaben für schlechte oder sogar unnötige Leistungen.

Dr. Jana Pavlik (FDP) stellte dagegen undifferenziertes Zurückfahren im Haushalt und simples Verteilen fest und hielt die Hilfen für Senioren und für Krankenhäuser für erheblich zu niedrig. Abgelehnt habe die Mehrheit auch mehr Mittel für Körperbehinderte. Ambulante Pflege werde ausgetrocknet.

Marianne Hürten (GRÜNE) sprach nachlassende Hilfeleistung für Aidskranke bei 10000 Infizierten und jährlich 500 neuen Fällen in NRW an und lobte die Anhebung der Zuschüsse an freie Träger. Auch die Suchtbekämpfung und die Betreuung drogenkranker Strafgefangener würden fortgesetzt.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) lobte die Zusammenarbeit im NRW-Gesundheitswesen und erwähnte die Konzertierte Aktion Brustkrebs. Gesundheitliche Selbsthilfe spiele eine wachsende



Regina van Dinther (CDU)



Renate Drewke (SPD)



Brigitte Capune-Kitka (FDP)



Rolle. Professionelle und ehrenamtliche Tätigkeit müssten weiter verzahnt werden.

MINISTERPRÄSIDENT UND STAATSKANZLEI

Werner Jostmeier (CDU) verlangte Einsparungen bei der Projekt Ruhr GmbH und beim Verbund Wissenschaftszentrum NRW. Das Geld fehle in den Hochschulen. Auch ein Luxusfestival wie die Ruhr-Triennale könne sich das Land nicht leisten. Die Baukosten für die Berliner NRW-Vertretung seien um 20 Prozent höher als geplant. Die CDU lehne sowohl den Hahn-Tower als auch den Vesper-Kasten ab.



Birgit Fischer (SPD)

Hannelore Kraft (SPD)

Dorothee Danner (SPD) stellte die Anhebung der Mittel für christlich-jüdische Zusammenarbeit und eine deutliche Erhöhung im Kirchenkapitel, auch für den Bau von Synagogen, heraus.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) bezweifelte die Funktion der Staatskanzlei als Zentrum der Landespolitik und sah eine Ansammlung von Nebensächlichkeiten. Über eine flexible Steuerungseinheit sei nachzudenken, etwa für Bund/Länder-Finzen, Fußballweltmeisterschaft, Metrorapid.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) hielt die Organisationsveränderungen mit Ausgliederung von Aufgaben für richtig und verteidigte Pläne zur Unterbringung der Landesregierung unter wirtschaftlichen Aspekten.

Minister Wolfram Kuschke (SPD) berichtete von Bewegung zur von der FDP angesprochenen strategischen Ausrichtung. Die Projekt Ruhr GmbH sei richtig bei der Staatskanzlei angesiedelt. Die Berliner Vertretung sei auch für den Landtag wichtig.

LANDESPLANUNG

Heinz Sahnen (CDU) bedauerte das Hin- und Herschieben und Stillstand bei Landesplanung, für die nun der Verkehrsminister zuständig sei. Die CDU hoffe auf Zusammenarbeit mit Regionalräten und Landtagsgremien, auch um unnötige Auseinandersetzungen zu vermeiden. Regio-

politisch seien Gebietsentwicklungspläne wichtig. Flächenverbrauch sei zentrales Thema.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) fügte als Aufgaben Wanderungsbewegungen, Stadt-Land, schrumpfende Bevölkerung, unterschiedliches Wohnverhalten, Nachfrage nach Neubauten und Mobilität sowie als Spezialthema das Ruhrgebiet hinzu. Beim Flächenverbrauch müssten intelligente Lösungen gefunden werden.

Holger Ellerbrock (FDP) stellte Management by Chaos fest und forderte, wer Landesplanung wolle, müsse auch handeln. Die Übertragung auf das Verkehrsministerium sei eine Fehlentscheidung von Ministerpräsident Steinbrück. Beim Metrorapid hätte ohne Regionalräte verfahren werden können. Die FDP wolle klare Aufgabenteilung zwischen Region, Land und Kommunen.

Johannes Rimmel (GRÜNE) erwähnte Vorgaben der Raumordnung des Bundes und Nachhaltigkeit, die in Landesplanung einzuführen sei. Fraglich sei, ob heute langfristige Planungen überhaupt noch möglich seien.

Minister Dr. Axel Horstmann (SPD) versprach, sich wie seine Vorgänger um die eigenständige Aufgabe zu bemühen und das Landesplanungsrecht zu reformieren. Zwischen Regionalräten, Landesregierung und Landrat solle es ein produktives Verhältnis geben.

EUROPAANGELEGENHEITEN

Dr. Stefan Berger (CDU) kritisierte die unklare Aufgabenübertragung auf einen Minister und eine Staatssekretärin. In Brüssel sei NRW nicht gut aufgestellt. Konzeptionslos seien Zuschüsse für Auslandsbeziehungen verteilt.

Gabriele Sikora (SPD) hielt die Kürzungen für vertretbar, zumal EU-Mittel für vier Euregios hin-

zukämen. In anderen Etats seien 586 Millionen Euro, davon 230 vom Land kofinanziert, für europapolitische Zwecke enthalten.

Dietmar Brockes (FDP) erwartete regelmäßige persönliche Vertretung in Brüssel durch den Ministerpräsidenten. Die Umwandlung der Vertretung in eine NRW-Agentur solle endlich beschlossen werden.

Ute Koczy (GRÜNE) sah angesichts ausgebliebener Änderungsanträge keinen Anlass zu inhaltlichen Diskussionen über den Europa-Bereich.

Minister Wolfram Kuschke (SPD) berichtete vom Vorsitz der Europaminister-Konferenz und vom seinem Arbeitsprogramm, vom Ziel NRW-Haus in Brüssel und vom Ehrgeiz einer Landesvertretung in Moskau. Kuschke kündigte ein Leitbild für die internationale Arbeit an.

MEDIEN

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) sagte, der frühere Ministerpräsident habe viele Leuchtturmprojekte angestoßen. Bei der Umsetzung habe er dilettiert, etwa bei Kabel NRW, später Ish und bei der Medien GmbH. Ausbaden müssten das Verbraucher und Arbeitnehmer.

Marc Jan Eumann (SPD) sah im Haushalt die Fortsetzung vernünftiger Medienpolitik. Kreative Leute würden gebraucht, die kulturelle und kommerzielle Interessen anstießen.

Dr. Stefan Grüll (FDP) vermisse Klarheit über die NRW Medien GmbH, auch im Interesse der Mitarbeiter. Was wie Kürzung bei der Filmstiftung aussehe, sei kein gutes Signal für den Medienstandort NRW.

Oliver Keymis (GRÜNE) hielt 30 Millionen Euro im Medienhaushalt für eine ganze Menge. Die Medienpolitik sei gut und für den Standort wichtig.

Minister Wolfram Kuschke (SPD) bezifferte den Umsatz im Medienbereich im Jahr 2001 auf 107 Milliarden Euro. Die Zahl der Arbeitsplätze sei weiter gestiegen.



Per Handschlag hat Landtagsvizepräsident Dr. Helmut Linssen (r.) den neuen Landtagsabgeordneten Gerd Schulte aus Gelsenkirchen (l.) verpflichtet. Der Angehörige der CDU-Fraktion ist für den in den Bundestag gewählten Hürther CDU-Abgeordneten Willi Zylajew in den Landtag NRW nachgerückt.

Foto: Schälte

VON DIETRICH KESSEL (SPD)

Bei der Zusammenlegung der Universitäten-Gesamthochschulen Duisburg und Essen zu einer Universität geht es, wie in der Gesetzesbegründung treffend formuliert, darum, „die an den Ruhrgebiethochschulen vorhandenen Potenziale und Entwicklungsmöglichkeiten durch bessere Bündelung der Kräfte sowie stärkere Ausbildung der standortspezifischen Leistungsprofile an höchstem internationalen Niveau ausgerichtet neu zu strukturieren“. Sie ist notwendig, weil beide Hochschulen alleine den bestehenden und neuen Herausforderungen strukturell nicht mehr gewachsen sind. Diese Feststellung geht auf entsprechende Empfehlungen des Expertenrates zurück, beide Hochschulen zu fusionieren. Wir greifen damit zugleich Initiativen beider Hochschulrektorate auf.

Mit der Fusion gehen wir nicht den vielleicht zunächst nahe liegenden Weg, einen Standort dem anderen zuzuordnen, weil es unser Ziel ist, eine starke Hochschule für das westliche Ruhrgebiet mit attraktiven Lehr- und Forschungsschwerpunkten sowohl in Essen als auch in Duisburg zu schaffen.

Den Kritikern ist entgegenzuhalten, dass sie bis heute keine realistische Alternative aufzuzeigen vermochten. Welche Chancen der im Raume stehende Vorschlag einer lockeren Kooperation aller Ruhrgebiethochschulen hat, davon legt die Qualität der Zusammenarbeit zwischen den Rektoren von Duisburg und Essen derzeit ein beredtes Zeugnis ab.

Alle Beteiligten sind aufgerufen, die sich aus der neuen Struktur ergebenden Chancen zu nutzen. Diese Einsicht setzt sich in den Fachbereichen beider Hochschulen mehr und mehr durch.



VON MANFRED KUHMICHEL (CDU)

Grundsätzlich sind Kooperationen bis hin zu Fusionen in der Hochschullandschaft des Ruhrgebietes sinnvoll. Die CDU im Ruhrgebiet hatte sich bereits 1994 für solche Strukturveränderungen ausgesprochen. Die Universitäten Essen und Duisburg haben seit dem Jahr 2000 Konzepte erarbeitet. Mit ihrem Gesetzentwurf hat die Landesregierung nun ihre ursprüngliche Linie verlassen. Aus der Moderation eines Fusionsprozesses ist das Diktat einer Zwangsvereinigung geworden. Vertrauen wurde zerstört. Finanzielle Zusagen zur Übernahme der Fusionskosten wurden gebrochen. Die Hochschulautonomie wurde verletzt.

Dass die beiden Hochschulen durch die Änderungen von Rot-Grün am Gesetzentwurf zu reinen Befehlsempfängern wurden, zeigt sich auch daran, dass sie einen Rektor aufgezwungen bekommen haben. Der Erlass, kurzfristig Namensvorschläge für einen neuen Rektor zu machen, war eine Farce. Zur Person des neuen Rektors wurden die Hochschulen nicht einmal angehört.

Die Zwangsvereinigung der beiden Universitäten findet gegen die einhellige Meinung von Experten statt. Dabei spricht es für die unsägliche Arroganz von Rot-Grün, dass berechtigte Einwände und juristische Bedenken nicht ernst genommen werden. An der Verfassungsmäßigkeit des Fusionsgesetzes müssen Zweifel angemeldet werden. Zurzeit wird weder ein öffentlicher Nutzen sichtbar, noch ist das Recht der Hochschulen auf Selbstverwaltung gewahrt.

Der angerichtete Schaden ist kaum wieder gut zu machen.

Ein solches Negativbeispiel wird die anderen Universitäten im Ruhrgebiet kaum zu ähnlichen Schritten motivieren. Eine Fusion der beiden Universitäten zum gegenwärtigen Zeitpunkt und unter den staatlich gesetzten Zwangsbedingungen ist daher alles andere als sinnvoll und politisch verfehlt.



VON PROF. DR. FRIEDRICH WILKE (FDP)

Aspiranten, Kooperationen und im Extremfall auch Fusionen zwischen Hochschulen können sinnvoll sein, wenn sie von allen Beteiligten mitgetragen werden. Eine von der Landesregierung verordnete und gegen den Willen der Beteiligten angelegte Zwangsfusion kann das nicht. Dies gilt besonders für die aufoktroierte Zusammenlegung der Hochschulen Duisburg und Essen.

Für die neue Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft ist der Fusionsbeschluss ein Amtsstart mit einer Fehlentscheidung. Statt den Hochschulen die Chance zu mehr Autonomie zu geben und so Synergien zu ermöglichen, setzt sie den falschen Kurs ihrer Vorgängerin fort.

Eine Anhörung mit ausgewiesenen Experten hatte eindeutig ergeben, dass diese Art der Zwangsfusion beide Standorte lähmen und keine Perspektive bieten wird. Selbst der Vorsitzende des Expertenrates, der die Fusion initiiert hatte, erklärte inzwischen, dass sie so nicht funktioniert. Größe allein ist keine Garantie für mehr Effizienz. Da ist es fast nur noch eine Petitesse, dass der Gründungsrektor von der Landesregierung präsentiert wird, ehe überhaupt das Landesparlament über die Fusion endgültig befunden hat. Wer aber Hochschulautonomie ernst nimmt, muss auch einer autonomen, demokratischen Wahl der Hochschulleitung zustimmen: Ein von außen aufgezwungener Rektor wird gegen den Widerstand beider Hochschulen wenig ausrichten können.

Die Zwangsfusion ist ein massiver Eingriff der Landesregierung in die sowieso zu schwache Hochschulautonomie. Der Vorgang trifft nicht nur Duisburg und Essen – er wirft ein bezeichnendes Licht auf die unveränderte Geisteshaltung von Rot-Grün, im Zweifel auf Zwangsregulierungen zu setzen.



VON DR. RUTH SEIDL (GRÜNE)

Zwei Aspekte sind bei einer Anhörung im Landtag zur geplanten Auflösung der Universitäten-Gesamthochschulen in Duisburg und Essen und zur Neugründung einer gemeinsamen Universität Duisburg-Essen nochmals sehr deutlich geworden. Einer davon hat jedoch in der Öffentlichkeit deutlich mehr Aufmerksamkeit erfahren.

Aus lokalpolitischer Perspektive wird das gewählte Verfahren der Neugründung von den beiden bestehenden Hochschulen kritisch gesehen und der vorliegende Gesetzentwurf aus diesem Grund abgelehnt. Und das, obwohl nach einem intensiven Diskussionsprozess letztlich nur noch die Frage strittig geblieben ist, an welchem der beiden Standorte künftig der Studiengang Physik verankert sein soll.

Die zweite, und eigentlich viel wichtigere Botschaft aus der Anhörung wird jedoch kaum wahrgenommen: Aus landespolitischer Perspektive gibt es zu der angestrebten Neugründung keine zukunftsfähige Alternative. Beide Hochschulen, das wissen spätestens seit dem Bericht des Expertenrates alle hochschulpolitisch Interessierten im Lande, sind auf Dauer in der jetzigen Form nicht überlebensfähig. Notwendig ist vielmehr an beiden Standorten eine Schärfung der Profile, die natürlich auch mit der Einstellung der als nicht konkurrenzfähig eingestuft Angebote einhergehen muss. Und wenn dann die verbleibenden Profile sich wie in diesem Fall so inhaltlich ergänzen, dass zahlreiche Synergien auftreten, was liegt dann – unter landes – und hochschulpolitischen Gesichtspunkten – näher, als beide in einer neuen schlagkräftigen Hochschule zu vereinigen?



Bissige Verhandlungen: Hundegesetz geht in die dritte Lesung

In der Sitzung am 13. November wurde der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zum Landeshundegesetz (LHundG NRW; Drs. 13/2387) in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Gegenstimmen der CDU und FDP angenommen. Auf Antrag der CDU-Fraktion geht das Gesetz in die dritte Lesung und wird am 18. Dezember abschließend verhandelt.

Bereits im Juni 2000 reagierte die damalige Landesregierung auf die sich häufenden Vorfälle, bei denen Personen, insbesondere Kinder und ältere Menschen von Hunden angegriffen und schwer verletzt oder gar getötet wurden, mit dem Erlass der Landeshundeverordnung (LHV NRW; GV. NRW. S. 518b). Die damals in allen Bundesländern erlassenen Gesetze und Verordnungen zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden, veranlasste die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK) im November 2001 dazu, eine Harmonisierung der unterschiedlichen Länderregelungen zu fordern. Als Grundlage für eine solche Vereinheitlichung, erarbeitete die IMK ein Eckpunktepapier.

Knapp zwei Jahre nach dem Erlass der LHV NRW, legten die Koalitionsfraktionen im März 2002 den Gesetzentwurf zur Schaffung eines Landeshundegesetzes vor, der vom Plenum in seiner Sitzung am 22. März zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz überwiesen wurde. Ziel des Gesetzentwurfes sei es, mit Hilfe der Neuregelung durch ein formelles Gesetz die Erhöhung der Rechtssicherheit, die Erreichung größerer demokratischer Legitimation sowie die Aufnahme einer Strafvorschrift und Ermöglichung höherer Bußgeldrahmen zu verwirklichen.

SCHUTZNIVEAU

Inhaltlich knüpft das LHundG NRW an den Vollzug der LHV NRW an, ohne das durch die LHV NRW geschaffene und, nach Meinung der Regierungskoalitionen, erforderliche Schutzniveau abzusenken. Die hier enthaltenen Regelungsansätze hätten in Nordrhein-Westfalen zu einem Rückgang der schwerwiegenden Beißvorfälle und bei den Hundehaltern zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit ihren Hunden geführt. Änderungen wurden hinsichtlich des Umfangs der sogenannten Rasseliste für erlaubnispflichtige Hunderassen, zur Reduzierung und Vereinfachung des Vollzugs durch die Kommunen und unter Berücksichtigung aktueller obergerichtlicher Rechtsprechung zu Regelungen anderer Länder vorgenommen. Darüber hinaus einigten sich die Koalitionsfraktionen darauf, dass die Landesregierung unter Mitwirkung der kommunalen

Spitzenverbände die Auswirkungen des Gesetzes nach einem Erfahrungszeitraum von fünf Jahren überprüft und einen Erfahrungsbericht vorlegt.

Die „massive Kritik“ der Experten, die im April im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im federführenden Ausschuss zu diesem Thema gehört worden waren, nahm die CDU-Fraktion zum Anlass, im November einen eigenen Gesetzentwurf zum LHundG (Drs. 13/3246) einzubringen. Die bereits in der LHV NRW enthaltenen „weltweit umfangreichsten Rasselisten“ hätten „personell wie finanziell überforderte Kommunen, überfüllte Tierheime und eine Spaltung der Bevölkerung in Hundehalter und Nicht-Hundehalter“ zur Folge gehabt, was ein fachlich völlig verfehltes Vorgehen der Landesregierung dokumentiere. Auch dem Gesetzentwurf hätten die Experten ein katastrophales Zeugnis ausgestellt. Anstatt jedoch die Expertenmeinungen bei einer Überarbeitung des Gesetzentwurfes zu berücksichtigen, hätten die Koalitionsfraktionen diese schlichtweg ignoriert.

Im Gegensatz zu Rot-Grün verzichtet die CDU-Fraktion in ihrem eigenen Gesetzentwurf unter anderem auf eine Sonderregelung für „große Hunde“ (20/40er-Regelung), unabhängig von Rasse und Gefährlichkeit, auf die Einzelfallbestimmung für „gefährliche Hunde“ sowie auf die im rot-grünen Gesetzentwurf enthaltene Strafvorschrift für Personen, die Hunde gegen Menschen oder Tiere als Waffe einsetzen oder Hunde mit dem Ziel einer gesteigerten Aggressivität ausbilden. In Übereinstimmung mit dem Bundesgesetzgeber würden nur vier Hunderassen als pauschal gefährlich eingestuft. Darüber hin-

aus müssten die Halter laut CDU-Gesetzentwurf für ihre Tiere generell eine Haftpflichtversicherung abschließen.

KRITIK

Dr. Georg Scholz (SPD) appellierte an die Opposition, über ihren Schatten zu springen und endlich einen Schlusstrich unter die zweieinhalb Jahre andauernden Verhandlungen zu ziehen. Die CDU-Fraktion habe sich mit ihrem „kurz vor Toreschluss“ eingebrachten Gesetzentwurf „verrannt“.

Clemens Pick (CDU) warf den Koalitionsfraktionen vor, den einst mit der LHV NRW begangenen „Unfug“ durch ihren Gesetzentwurf nicht korrigiert zu haben. In zehn Monaten zwischen 1. und 2. Lesung wäre von Rot-Grün nichts zu hören gewesen und jetzt solle das Gesetz mit Gewalt durchgebracht werden.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) kritisierte den rot-grünen Gesetzentwurf aufs Schärfste: „Ich kenne wirklich kein Gesetz, das wissenschaftliche Erkenntnisse und Bürgerrechte derart mit Füßen tritt.“ Statt Sicherheit würde Verwirrung geschaffen. Hingegen stelle der Gesetzentwurf der CDU zumindest eine verhandlungsfähige Diskussionsgrundlage dar.

Reiner Priggen (GRÜNE) betonte nochmals, dass das Gesetzesverfahren an dieser Stelle zum Abschluss gebracht werden müsste. Entgegen den Vorwürfen der Opposition hätte Rot-Grün mit ihrem Entwurf den Ergebnissen der Expertenanhörung Rechnung getragen. Es sei daher an der Zeit, Klarheit zu schaffen.

Umweltministerin Bärbel Höhn verwies auf zwei aktuelle Fälle, bei denen wiederum zwei Personen durch Hundeangriffe getötet worden sind. Dies mache einmal mehr deutlich, dass nun dringend Rechtsklarheit geschaffen werden müsse. **ax**



Vom religiösem Feiertag zum Fest der Familie

Und immer unterm Weihnachtsbaum: Die Krippe

Weihnachten in Deutschland. Der Braten duftet in der Röhre, die Familie hat sich versammelt, die Kinder warten ungeduldig auf die Bescherung. Der Weihnachtsbaum funkelt im Festschmuck, die Geschenke sind aufgebaut, Weihnachtslieder erklingen. Und irgendwo unterm Baum steht die Familienkrippe, vor Tagen hervorgeholt und liebevoll aufgebaut. Das Christkind kann kommen. Es ist Heiligabend, der 24. Dezember.

Im westfälischen Telgte, ein paar Kilometer östlich von Münster, gleich neben der barocken Wallfahrtskapelle, ist das ganze Jahr Weihnachten. Hier gibt es seit 1934 ein Museum, das Krippen sammelt und ausstellt. Vor acht Jahren zog das Krippenmuseum in einen modernen Sandsteinbau. Mit reichem Fundus, viel, aber dennoch zu knapper Ausstellungsfläche, um ständig alles zu zeigen, und einem wissenschaftlichen Dienst, der die Geschichte der Krippe kulturgeschichtlich erforscht. Leiter des Museums ist Dr. Thomas Ostendorf (51). Er gebietet über 500 bildliche Darstellungen des weihnachtlichen Krippengeschehens und organisiert die jährliche Krippenausstellung.

In diesen Wochen die 62., die Menschen aus Nah und Fern in das beschauliche Städtchen an der Ems lockt. Die Ausstellung ist elf Wochen lang sechs Tage die Woche geöffnet, pro Tag kommen manchmal 500 Menschen ins Museum Heimathaus. Bis zu 50.000 zahlende Besucherinnen und Besucher zählt die Statistik. Darunter viele Ältere, die sich an ihre Kindheit erinnern möchten, aber auch erstaunlich viele Familien – und Medienvertreter: „Sie sind heute die dritten“, eröffnet er den aus Düsseldorf Angereisten. An diesem Nachmittag muss Ostendorf weiter ins sauerländische Sundern. Hier ist eine Krippe aufzubauen, deren Figuren – das war die Idee des dortigen Pfarrers – ein Künstler die Gesichtszüge bekannter Bürgerinnen und Bürger verliehen hat, die in dieser Gegend leben oder

gelebt haben. So ist der frühere Bundespräsident Heinrich Lübke aus dem benachbarten Enkhausen zu erkennen. Man sieht: Den Krippenkünstlern heute fällt immer noch etwas Neues ein. Die Krippe lebt. Das war in den vergangenen 300 Jahren nicht immer so.

Zeitsprung: Ende des 16. Jahrhunderts, die katholische Gegenreformation läuft, es geht darum, die Erfolge der lutherischen Lehre einzudämmen, die Seelen der Menschen zu gewinnen oder zurück zu gewinnen. Was taugt dazu besser, als eine zu Herzen gehende, für alle verständliche Überlieferung? Für jeden Christen gegenwärtig und greifbar, egal ob reich oder arm, gebildet oder Analphabet. Damals entstanden die ersten Krippen, die die Weihnachtsgeschichte in frei beweglichen Figuren darstellten: Ein Stall, eine Futterkrippe mit einem Säugling darin, Mutter und Vater daneben, etwas weiter drei kostbar gewandete Gestalten, im Hintergrund stauende Hirten und Ochs und Esel, die das Ganze beäugen. Mehr Personal brauchten die Jesuiten nicht für eine Erfolgsgeschichte, die bis heute andauert.



Aus Eichenholz ist die Figur der früheren israelischen Ministerpräsidentin Gold Meir (links am Rand), die in der „Friedenskrippe“ von Albert Nadolle dem damaligen ägyptischen Staatspräsidenten Sadat (verdeckt durch einen bekehrten und betenden Rotarmisten) die Hand zur Versöhnung reicht.

Diese Geschichte aber hat ihre Brüche. Ostendorf: „Krippen wurden verboten und sogar zerstört“. Viele Krippen gingen verloren“. Es war die Zeit der Aufklärung, als auch die katholische Kirche fand, dass in ihren Reihen für den kindlichen Volksglauben kein Platz mehr ist. Die Menschen ließ, man mag das bedauern oder nicht, so viel Rationalismus kalt. Sie machten Weihnachten zum Fest der Familie und integrieren die Krippe in ihr privates Leben. Die bürgerliche Familie bemächtigte sich der Sache und hält bis heute daran fest. Heutzutage ist die Weihnacht „das Fest der Familie“.

Der studierte Volkskundler Ostendorf wäre kein Wissenschaftler, wenn er das Ganze nicht analytisch und

Ein Pfarrer aus Datteln, Georg Mixa, schnitzt mit heimischer Steinkohle: 27 Figuren des „Geheimnisses von Bethlehem“ für seine Darstellung der Weihnachtsgeschichte hat er schon zusammen.

nüchtern sähe. Früher, sagt er, hätten die Weihnachtsbotschaft

oder Wachs, aber auch Pappmaché, Schaumstoff, Draht, Glas und Steinkohle. Eine Krippe kann auch „modern“ und abstrakt sein und ihre Figuren aus dem Holz von Besenstielen oder aus den Einzelteilen eines Bestecks formen. Kinder im Kindergartenalter greifen auch schon mal ohne falschen Vorbehalt zur leeren Klopapierrolle, um Gestalten zu modellieren, und in einer Darstellung reicht die frühere israelische Ministerpräsidentin Golda Meir dem ägyptischen Präsidenten Sadat die Hand zur Versöhnung. Lebensgroß und bunt eine Krippe, die aus Pappe zusammengesteckt ist – ökologisch einwandfrei; fast ist man versucht, auf der Rückseite den „Grünen Punkt“ zu suchen.

Die Stadt Telgte, der Kreis Warendorf und das Bistum Münster

Ein Geschenk für alle Menschen – diese Papierarbeit stammt von den vier Geschwistern Inga, Katharina, Wibke und Berit Leushake, Schülerinnen aus Marl.

Fotos: Schälte



und ihr Symbol, die Krippe, die Familien zusammgeführt. Der Vater oder die Großmutter im Ohrensessel lasen aus der Bibel die Weihnachtsgeschichte vor. Seit dem zweiten Weltkrieg, hat Ostendorf festgestellt, ist die religiöse Botschaft immer mehr in den Hintergrund getreten. Die Familien versammelten sich zwar weiter unter der Krippe, aber jetzt, um das Erlebnis des gemeinsamen Konsums zu zelebrieren.

Seltsam, dass sich diese Entwicklung kaum in den Darstellungen der gegenwärtigen Krippenausstellung widerspiegelt. Sieht man von einer Heiligen Familie in Badekleidung am Tropenstrand unter Palmen und einer Maria, die als „Barbie“ daherkommt, einmal ab, die Weihnachtsbotschaft steht noch immer im Mittelpunkt. Das Material, in dem die Krippen ausgeführt sind, mag neu sein und wechseln: Laien und Künstler nehmen immer gerne das klassische Holz, Ton

tragen finanziell das Krippenmuseum. Die Zeiten, in denen die Krippe auch Instrument der Glaubensverbreitung war, sind vorbei, selbst wenn der Münsteraner Bischof Gelder zuschießt. Die gut eingeführte Institution „Krippenmuseum“ versteht sich inzwischen immer mehr als Museum religiöser Kultur, das die Barriere des christlichen Glaubens überwindet. Thomas Ostendorf: Wall-



Unter dem Stern von Bethlehem, von Günter Lilje aus kaschierter Hartschaumstoff-Platten geschnitten, bemalt und zusammengesteckt.

fahrten, das Fasten, die Verehrung von Heiligen – das seien alles Glaubensmanifestationen, die die großen Weltreligionen miteinander teilten.

International und interkulturell ist man ohnehin schon. Es gibt einen internationalen Verband der Krippenfreunde. Er hat seinen Sitz in Rom und umfasst West- und Osteuropa, Amerika und das ferne Australien. Der nächste Kongress der Krippenfreunde findet im Jahr 2004 in Tschechien statt. Die Krippenbegeisterung ist so stark, dass sie mühelos landsmannschaftliche Grenzen überspringt: Seit 1925 gibt es die Landesgemeinschaft der Krippenfreunde in Rheinland und Westfalen e.V. Ihr Sitz ist Köln, die Geschäftsstelle in Telgte.

Die Weihnachtskrippe ist zwar eine Erfindung der Jesuiten, aber sie hat den katholischen Raum hinter sich gelassen. Unterdessen scheinen auch die evangelischen Glaubensbrüder und –schwestern ihren Frieden mit der Krippe gemacht zu haben. In ihren Gemeinden sei ein wachsendes Interesse an Krippendarstellungen zu registrieren, meint Ostendorf. Derzeit können die Hannoveraner in ihrer (protestantischen) Marktkirche eine Krippenausstellung bewundern, die aus den Beständen des Telgter Krippenmuseums bestückt ist.

Wer den Leiter des Krippenmuseums nach dem kostbarsten Stück seiner Sammlung fragt, der erntet Nachdenken. Dann schließt sich der Kreis. Es sei eine Krippe aus dem frühen 19. Jahrhundert, aus empfindlichem Wachs, die Figuren mit prächtigem Stoff bekleidet. Ostendorf: „Wir haben sie auf einem Dachboden gefunden. Sie stammt aus der früheren Jesuitenkirche in Münster.“

J.K.

„Integration muss sich auch im Berufsleben widerspiegeln“

Mehr als 40 Jahre ist es mittlerweile her, dass die ersten türkischen Gastarbeiter in die Bundesrepublik kamen. Seitdem ist die Integration der türkischstämmigen Mitbürgerinnen und Mitbürger deutlich vorangeschritten. Wie sich die Lebenssituation der in NRW lebenden türkischen Migranten heute darstellt und welche Bedeutung für sie das bevorstehende Weihnachtsfest hat, darüber sprach Landtag intern mit dem Direktor des Zentrums für Türkeistudien, Prof. Dr. Faruk Şen.

Feiern die in Deutschland lebenden Moslems auch Weihnachten und wenn ja, wie?

Durch unsere Kinder ist die Weihnachtsfeier auch von den türkischen Familien übernommen worden. Sehr viele türkische Haushalte haben einen Weihnachtsbaum, schenken sich gegenseitig etwas, veranstalten ein feierliches Abendessen und, was erfreulich ist, wenn sie gute deutsche Freunde haben, werden sie oftmals auch eingeladen. Viele nutzen aber auch die Möglichkeit, in der Weihnachtszeit ihren Urlaub zu nehmen und in die Heimat zu fliegen.

Wie wird dort gefeiert?

Weihnachten wird in der Türkei nicht gefeiert, denn so wie man hier Weihnachten feiert, feiert man in der Türkei Silvester. Weihnachten wird höchstens in Großstädten wie Istanbul, Ankara oder Izmir, wo früher sehr viele christliche Minderheiten gelebt haben, auch traditionell begangen. Zum Beispiel in Istanbul gehen am Weihnachtsabend viele Türken in die christlichen Kirchen und solidarisieren sich mit ihren christlichen Nachbarn.

Was ist und welche Rolle spielt das Şeker Bayramı, zu Deutsch auch „Zuckerfest“? Ist das vergleichbar mit dem Weihnachtsfest?

Şeker Bayramı ist die volkstümliche Bezeichnung für das Ramadanfest, weil man Süßigkeiten schenkt. „Şeker“ bedeutet „süß“. Zuckerfest ist also gleich Ramadanfest, es ist nur eine andere Bezeichnung. Nach 29 Tagen des Fastens feiert man das Ramadanfest. Drei Tage lang besucht man die Nachbarn und die Verwandten, kauft neue Kleidung für die Kinder, verschenkt Süßigkeiten, besucht vor allen Dingen die älteren Familienangehörigen, küsst ihnen die Hände und feiert mit der ganzen Familie. Man kann das ohne weiteres mit Weihnachten vergleichen. Eine Besonderheit ist, dass am Morgen des ersten Festtages alle Männer zum Ramadanfestgebet gehen. Ähnlich wie zu Weihnachten beglückwünschen sie sich hier gegenseitig zum Ramadanfest.

Wann wird das Ramadanfest gefeiert?

Der Termin für das Ramadanfest wechselt von Jahr zu Jahr, denn der islamische Kalender hat nur 354 Tage. Das heißt, jedes Jahr verschiebt sich das Fest um elf Tage. In diesem Jahr beginnt das Ramadanfest am 5. Dezember, im nächsten Jahr wird es aber schon am 24. November beginnen.

Ein wichtiges Fest zum Ende des Fastenmonats ist die Kadir Gecesi. Was genau feiern die Moslems in dieser Nacht?

Kadir Gecesi ist während der Fastenzeit der heiligste Abend. Er wird am 26. Tag des Ramadan gefeiert. An diesem Abend geht man normalerweise zur Moschee und küsst dort ein Barthaar des Propheten. Es ist der heiligste Tag im ganzen Jahr. Das heißt, sehr viele Leute, die sonst nicht fasten, fasten zumindest am Kadir-Abend.

AUSLÄNDERPOLITIK

Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die Situation der türkischstämmigen Mitbürger in Nordrhein-Westfalen dar?

Wenn man sich anschaut, dass gegenwärtig in unserem Bundesland 900 000 türkische Migranten leben, von denen im Laufe der Zeit sehr viele die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, können wir davon ausgehen, dass sich die

türkischstämmigen Migranten im Vergleich zu Bayern oder Baden-Württemberg in unserem Bundesland besonders wohl fühlen. Dabei spielt es eine Rolle, dass hier in NRW bislang eine liberale Ausländerpolitik betrieben wurde. Wir haben die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte gegründet, wir haben die RAAS und wir haben die Regionale Transferstelle für ausländische Selbstständige. Bei der Gründungsinitiative werden die Migranten genauso berücksichtigt wie die Deutschen, und wir sind das erste Bundesland mit einem Migrationsausschuss. Das sind die positiven Tendenzen.

Andererseits müssen wir davon ausgehen, dass die türkischen Migranten in NRW besondere Probleme mit der Arbeitslosigkeit haben. Besonders im Ruhrgebiet gibt es da große Probleme.

Woran liegt das?

Hierbei spielt es eine Rolle, dass unser Bundesland sehr stark monostrukturiert war. Die Leute haben hauptsächlich in der Stahlverarbeitung, im Bergbau und in der Autoindustrie gearbeitet. Und in allen drei Bereichen gibt es heute kaum noch Möglichkeiten. Die einzige Chance für die Migranten ist oftmals die selbstständige Erwerbstätigkeit. Aber wir brauchen Modellprojekte, wir brauchen besondere Programme, damit besonders die jungen Türken in den Arbeitsprozess eingegliedert werden und Ausbildungsplätze bekommen.

Sie sprachen gerade von Modellprojekten. Was stellen Sie sich darunter vor?

Durch Modellprojekte sollten wir die jungen Türken in die Ausbildungsbereiche und in den Arbeitsprozess eingliedern. Wir sollten brachliegende Potentiale bei den schon Selbstständigen wecken und auch Sensibilisierungsmaßnahmen ergreifen, damit der Mittelstand mehr junge Tückerinnen und Türken einstellt.

Was haben Sie für positive Erfahrungen mit dem Thema Arbeitsplätze gemacht?

In der letzten Zeit sind die türkischen Selbstständigen gerne dazu bereit, Ausbildungsplätze bei sich anzubieten, das heißt, sie wollen hier nicht nur Geld verdienen, sondern auch soziale Verantwortung übernehmen. Das ist damals von dem früheren Ministerpräsidenten Wolfgang Clement initiiert worden und ich hoffe, dass wir dies auch mit der neuen Landesregierung noch verstärkt durchführen werden.



Prof. Dr. Faruk Şen



„Vom Gemüsehändler bis zur Consultingfirma: Immer mehr türkische Migranten machen sich selbstständig.“

In Zahlen ausgedrückt, wie viele türkischstämmige Selbstständige haben wir derzeit in NRW?

Wir haben zurzeit etwa 22 000 türkische Selbstständige im Land Nordrhein-Westfalen, darunter sehr viele kleine Familienunternehmen. Das geht vom Gemüsehändler bis hin zur Consultingfirma, von der Detektei bis hin zur Brotfabrik.

Wie weit ist Ihrer Einschätzung nach die Integration bei den türkischstämmigen Mitbürgern in NRW fortgeschritten?

Ich glaube, Integrationsansätze sind bei den türkischen Migranten sehr stark vorhanden. Immer mehr von ihnen nehmen die deutsche Staatsangehörigkeit an, sie wollen für immer hier bleiben. Für viele ältere Migranten ist heute die Suche nach nicht konfessionsgebundenen Altersheimen oder islamischen Friedhöfe ins Zentrum ihres Interesses gerückt. Wir haben immer mehr ältere Menschen, die ihren Lebensabend hier verbringen möchten.

Im politischen Bereich hat Integration sehr stark stattgefunden. Aber auch im wirtschaftlichen Bereich: sie investieren hier, sie kaufen hier ihre Häuser, sie lassen sich hier nieder. Wir haben über 9000 junge Türken, die an den Hochschulen unseres Bundeslandes studieren.

Was gibt es für Probleme?

Bei der sozialen Integration gibt es noch erhebliche Probleme, vor allen Dingen mit der Sprache. Man hat darauf gehofft, dass die dritte Generation etwas besser deutsch spricht als die zweite Generation. Aber nach Mölln und Solingen haben sich die Türken etwas isoliert, indem sie immer mehr ihre eigene Infrastruktur in Anspruch nehmen, und das bereitet natürlich im sprachlichen Bereich gewisse Probleme.

Obwohl ja, wenn ich kurz einhaken darf, die Ansätze von Mölln und Solingen bereits einige Jahre zurückliegen.

Damals haben sich Infrastrukturen gebildet, das heißt man hat jetzt mehr Jugendzentren, die nur von Türken besucht werden. Die Sportvereine hat man damals verstärkt getrennt, die Diskotheken hat man getrennt. Darüber hinaus nimmt man immer mehr eigene Medien in Anspruch. Das sind die Probleme. Ein weiteres Problem der letzten Jahre ist, dass die Türken, die sich entschlossen haben für immer hier zu bleiben, in Nordrhein-Westfalen ihre islamischen Moscheen mit Minaretten gebaut haben. Das führt in einigen Stadtteilen zu Problemen mit der deutschen Bevölkerung. In diesem Zusammenhang benötigen wir mehr Aufklärung über den Islam. Man sollte in Deutschland ganz eindeutig zeigen, dass der Islam genauso wie der katholische, evangelische oder jüdische Glauben eine friedvolle Religion ist. Einige Extremisten sollten nicht Maßstab für den Islam sein.

Letztendlich hat die El Qaida den Türken geschadet.

Natürlich. Dieser Kalif von Köln, die El Qaida und einige extremistische Gruppen haben für ein negatives Bild des Islam gesorgt.

Spielen religiöse Unterschiede heutzutage denn hier noch eine Rolle?

Religiöse Unterschiede spielen eine Rolle. Es gibt noch Kräfte in Europa, die den Islam völlig ablehnen und unterstellen, dass die Muslime in Westeuropa große Integrationsschwierigkeiten hätten, was nicht den Tatsachen entspricht. Aber Aussagen wie die von Giscard d'Estaing oder

auch anderen Politikern, dass eine islamische Gruppe in Europa nicht integrierbar sei, schaden natürlich sehr stark.

Herr Prof. Şen, eine abschließende Frage: Was wünschen Sie sich persönlich für das Zusammenleben von Deutschen und Türken im neuen Jahr?

Ich hoffe, dass das friedliche Zusammenleben in unserem Bundesland zwischen der türkischen Migrantengruppe und den Deutschen stabil bleibt. Außerdem wünsche ich mir, dass die neue Landesregierung im Bereich der türkischen Migranten deutliche Aussagen macht, dass sich im nächsten Jahr die neuen Deutschen mit türkischer Abstammung, also diejenigen mit deutscher Staatsangehörigkeit, sowohl in den Kommunen, im Landtag als auch in allen Verwaltungen repräsentiert fühlen und hier auch personell vertreten sind.

Das Gespräch führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.

„Die El Qaida hat uns sehr geschadet.“

Fotos: Schälte



Vergeblich kämpfte Angela Freimuth (FDP) im Haushalts- und Finanzausschuss am 5. Dezember um 36 Millionen Euro. Das Geld sollte als Kapitalstock dem Versorgungsfonds zugeführt werden, der ab 2003 mit 6000 Euro Rücklage für jeden neu eingestellten Beamten gebildet werden soll. Auch Edith Müller (GRÜNE) ließ Sympathie für diesen symbolischen Anfang einer Vorsorge für die wachsenden Pensionslasten erkennen. Aber die Haushaltspolitiker der Koalition konnten keine Deckung dafür finden. Gisela Walsken (SPD) hielt einen Kapitalstock, der zinsbringend anzulegen wäre, zwar für grundsätzlich richtig. Zur Zeit wäre der Betrag jedoch in Wahrheit schuldenfinanziert. Es würde sich nur um die Differenz zwischen den Anlagezinsen und den Zinsen für Kredite handeln, meinte sie.



Sprecher ihrer Fraktionen (v.l.) Angela Freimuth (FDP), Ernst-Martin Walsken (SPD), Edith Müller (GRÜNE).
Fotos: Schälte

Kein Geld für Versorgungsrücklage Nur ein Titel und die Hoffnung

Der Vorsitzende des Unterausschusses Personal Manfred Palmén (CDU) äußerte Bedenken, weil laut Etatentwurf im Jahr 2003 bei den Personalkosten bereits 494 Millionen Euro einzusparen seien. Er kündigte einen Antrag seiner Fraktion zur 3. Lesung an und sprach die Hoffnung auf einen gemeinsamen Beschluss aller Fraktionen aus. Staatssekretär Dr. Harald Noack wies auf die Globalen Minderausgaben im Personalbereich hin und meinte im übrigen, bei dem Einsparvolumen von 500 Millionen Euro erwarte er „besoldungs- und versorgungsrechtliche Maßnahmen“.

„Das Finanzministerium wird ...ermächtigt, eine besondere Rücklage zur Bildung eines Kapitalstocks zur ergänzenden Finanzierung von Versorgungsleistungen für Beamte zu bilden“. Mit dieser von SPD und GRÜNEN beschlossenen Änderung im Haushaltsgesetz endete die längere

den Personalhaushalt am 5. Dezember. Als Kompromiss, auch mit den Oppositionsfraktionen, habe man sich wenigstens auf einen neuen Titel im Einzelplan 20 (Allgemeine Finanzverwaltung) geeinigt, in dem der Kapitalstock aus möglichen Überschüssen bei den Personalausgaben zu veranschlagen sei.



Aussprache im Haushalts- und Finanzausschuss über

Als Funktionen des Haushalts zählt Ministerialdirigent Dr. Günter Berg (l) in einer Publikation des NRW-Finanzministeriums auf: Finanzieren öffentlicher Aufgaben, politisches Programm, Finanzausgleich, volkswirtschaftliches Lenken und die ordnungspolitische Funktion. Staatssekretär Dr. Harald Noack (Mitte) trägt im Haushaltsausschuss dem Grundsatz der Öffentlichkeit Rechnung. Vorsitzender Volkmär Klein (CDU) sorgt für die Wahrnehmung der Rechte des Budgetgebers.

Landesbetriebe machten Gewinn

Ohne Aussprache stimmte der HFA den Anträgen von SPD und GRÜNEN im Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen zu, dass die im Jahr 2001 erwirtschafteten Überschüsse der Landesbetriebe nur zur Hälfte an den Landshaushalt abgeführt werden müssen. Bei Enthaltung von CDU und FDP erfolgte die Annahme einstimmig.

Eigentlich sollten die neuen Landesbetriebe ihre Überschüsse in vollem Umfang zurückführen, da sie mit Zuschüssen des Landes finanziert wurden. Um aber dem Landesbetrieb einen Anreiz zu geben, auch künftig wirtschaftlich zu operieren und möglichst Überschüsse zu erwirtschaften, so formulierten SPD und GRÜNE, verbleibt ein Anteil von 50 Prozent zur Verfügung des Landesbetriebes.

Das bedeutet etwa für den Landesbetrieb Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik den Betrag von rund 950.000 Euro, die dieser in seinen Wirtschaftsplan 2003 einstellt. Beim Landesvermessungsamt NRW handelt es sich um eine ähnliche Summe. Beim Landesbetrieb Straßenbau ist der Überschuss nicht beziffert. Hierzu beantragte die CDU erfolglos, den Landesbetrieb Straßenbau auf die Landschaftsverbände zurückzu-

verlagern und die dadurch erwarteten Einsparungen in Höhe von 50 Millionen Euro für Zukunftsinvestitionen einzusetzen.

Dem Landesbetrieb Geologischer Dienst verbleibt ein Betrag von rund 45000 Euro, dem Landesbetrieb Mess- und Eichwesen NRW die Summe von 750.000 Euro, dem Materialprüfungsamt rund 230.000 Euro. Beim Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb hielt die CDU Mehreinnahmen in Höhe von 125 Millionen Euro für möglich, und die FDP wollte eine Zweckbindung von 100 Millionen Euro aus dem Sondervermögen für Hochschulbaumaßnahmen festschreiben. Diese beiden Anträge wurden von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

Börsengeschäft:

Land prüft Klage gegen Verluste durch Investition in Pleite-Fonds

Da gibt es eine Landesgesellschaft, die Gewinne erwirtschaftet, ihre Darlehen pünktlich zurückzahlt und sogar Steuern abführt. Wegen ihrer erfolgreichen Arbeit verdiene sie es nicht, ins Gerede zu kommen, fand die SPD durch Wolfgang Drese und Manfred Luckey stimmte für die CDU zu. Es ging in der Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle am 10. Dezember unter Leitung von Rolf Seel (CDU) unter anderem um die START Zeitarbeit NRW GmbH.

Die hatte sich im Jahr 2000 mit einem geringen Teil ihrer liquiden Mittel (rund 20 Prozent, wie Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Dietrich Schäffer vom Wirtschaftsministerium erklärte) auf ein Anlagegeschäft an der Börse eingelassen – ohne jedes Risiko, wie sie dem Anlageprospekt zu entnehmen glaubte. Doch es kam anders, die Zeitungen berichteten vor kurzem darüber: An die 85 Prozent der rund eine Million Euro, die in den Schweizer Julius Bär Creativ Fonds geflossen waren, mussten abgeschrieben werden. Die GmbH hat inzwischen die entsprechenden Wertberichtigungen in ihrer Bilanz vorgenommen.

Und weiter? wollten die Abgeordneten im Ausschuss wissen. Wirtschafts-Staatssekretär Jörg Bickenbach teilte mit, die Landesregierung prüfe derzeit, im Rahmen der Prospektverantwortung Klage gegen die Fondsverantwortlichen einzureichen. Die Geschäftsführung von START habe auf die Aussage vertraut, dass der Fonds nur in bewährte und nicht in hoch spekulative Aktien investiere. Der Fehler liege eindeutig nicht bei START, sondern bei der Kapitalanlagegesellschaft. Das habe ein Gericht in einem anderen Fall auch so gesehen und bereits die Fondsgesellschaft zum Ersatz des Schadens verurteilt.

Es sei nichts daran auszusetzen, fuhr Bickenbach fort, dass der START-Geschäftsführer den Weg an die Börse gewählt habe, ohne zuvor einen Beschluss des Aufsichtsrates der 24prozentigen Landesgesellschaft herbei zu führen: Den Rahmen eines durchschnittlichen Monatsumsatzes habe er bei der Aktion nicht überschritten, der belaufe sich auf etwa acht Millionen Euro. Aber, diese Aussage fügte Bickenbach angesichts des nicht zu vermeidenden Risikos eines jeden Börsengangs an, innerhalb der Landesregierung werde jetzt geprüft, ob es eine allgemeine Anweisung an die Landesgesellschaften geben sollte,

nur noch mündelsichere Papiere zu nehmen.

In einem anderen Punkt der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle ging es ebenfalls um Geld. Diesmal um Fördermittel für das Oberhausener Trickfilmzentrum HDO, von denen die Landesregierung hofft, es nicht, wie vom Bund gefordert, an ihn zurückzahlen zu müssen. 24,3 Millionen – damals noch Mark – habe NRW dem Bund „für das Pleiteobjekt HDO abgeluchst“, erläuterte Michael Breuer (CDU) den Antrag seiner Fraktion, die Landesregierung möge im Ausschuss über die Rückforderung der Bundesmittel berichten. „Ein besonderes Geschmäckle“, fand Breuer, sei dabei, dass sich in diesem Fall der neue Ministerpräsident Steinbrück mit dem neuen Bundesminister Wolfgang Clement auseinander setzen müsse – und das bei einem Projekt, das von Clement vorangetrieben worden sei und schon einen Untersuchungsausschuss des Landtags NRW beschäftigt habe. Seine Fraktion, so der Sprecher weiter, werde darauf achten, „dass hier nichts gemauschelt wird“.

Zum Stand des Verfahrens äußerte Staatssekretär Bickenbach, der Bund habe 19 Millionen zuzüglich Zinsen unter anderem deswegen von NRW zurückverlangt, weil nach seiner Meinung die Ordnungsgemäßheit des Schlussverwendungsnachweises nicht gegeben ist; es gebe noch zwei weitere Punkte, die Berlin anführe. Alle drei Begründungen seien zwischen Land und Bund strittig, trotz zahlreicher Gespräche habe man sich bisher nicht einigen können. Die Landesregierung habe darum eine renommierte Düsseldorfer Anwaltskanzlei um eine gutachterliche Stellungnahme gebeten. Die habe „gute Gründe“ angeführt, gegen die Rückzahlungsfor-

derung des Bundes zu klagen. Ob der Klageweg beschritten werden soll oder nicht, habe die Landesregierung noch nicht entschieden, teilte der Staatssekretär dem Ausschuss mit.

Die Abgeordneten befassten sich erneut wieder mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW (GfW). Hier wollte die Opposition wissen, welchen Stand der Umsetzung die Ankündigungen des neuen Ministerpräsidenten Steinbrück (mit denen er teilweise Forderungen der CDU aufgegriffen habe) erreicht, wonach es eine neue Konzeption für die Landesgesellschaften geben soll. Hier bat Bickenbach um Geduld: Die Landesregierung sei dabei, diesen Auftrag und die vom Landesrechnungshof (LRH) in der Angelegenheit verfassten Prüfungsbemerkungen abzuarbeiten; die Frist laufe bis Mitte Februar 2003. Dazu hole man sich in anderen Bundesländern, aber auch im Ausland, Auskünfte ein, wie dort Wirtschaftsförderung organisiert sei. Es gehe der Landesregierung darum, so Bickenbach, „die neuen, modifizierten Lösungen auf eine breite Erfahrungsbasis zu stellen“. In der Wirtschaftsförderung brauche Nordrhein-Westfalen ein schlagkräftiges Instrument – „darauf ist nicht zu verzichten“, meinte der Staatssekretär. Aber der Aufgabenumfang und mögliche Aufgabenüberschneidungen seien sorgfältig zu prüfen.



Staatssekretär Jörg Bickenbach



Rolf Seel leitete die Sitzung des Haushaltskontrollausschusses. Links Ute Scholle, Präsidentin des Landesrechnungshofs.

Fotos: Schälte

Der Ausschussvorsitzende Seel sah angesichts des Standes der Beratungen wenig Chancen, dass sich Wolfgang Dreses (SPD) Adventswunsch, die Aktenberge hinter sich zu lassen und die Debatte um die WfG endlich abschließen zu können, rechtzeitig erfüllen wird: Um die Erörterung des LRH-Berichts im Ausschuss für Haushaltskontrolle abzuschließen, erwarte er die Beschlussvorschläge der Fraktionen. Mit denen rechne er angesichts der Lage aber nicht vor Anfang kommenden Jahres.

Das Jahr 2002 im Landtag

Das herausragende Ereignis der Landespolitik war der Wechsel im Amt des NRW-Ministerpräsidenten und einiger Ressortchefs, der nach der Bundestagswahl durch die Berufung von Wolfgang Clement in das Bundeskabinett erfolgte. Das Landesparlament beschloss zwei Verfassungsänderungen (Kinderrechte, Volksbegehren). Von den neuen Gesetzen sind das Tarifreue-, das Mittelstands-, und das Hundegesetz, bei den Landesgesetzen zur Ausführung von Bundesgesetzen die Grundsicherung und bei den Änderungsgesetzen das Sparkassenrecht, der Maßregelvollzug und die Weiterentwicklung der Regionalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs von weitreichender Bedeutung. Wie fleißig der NRW-Landtag arbeitet, zeigen auch die mehr als 20 Ausschussanhörungen und die drei Enquete-Kommissionen (Frauengesundheit, Zukunft der Städte, Situation der Pflege in NRW).

JANUAR

Einstimmig beschloss der Landtag, die Rechte von Kindern und Jugendlichen in die Landesverfassung aufzunehmen. Der neue Wortlaut des Artikels 6 sichert das Recht jedes Kindes auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft, auf gewaltfreie Erziehung und auf Schutz vor Vernachlässigung und Ausbeutung.

Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik (Vorsitz Ute Koczy, GRÜNE) erörterte mit Experten die Finanzierung eines Ölpipelineprojekts in Ecuador durch die WestLB. Das Thema beschäftigte den Ausschuss das ganze Jahr.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) forderte in einer Regierungserklärung mehr Kompetenzen für die Länder in der Europapolitik. Die Opposition verlangte mehr Rechte für die Länderparlamente im Bundesrat.

FEBRUAR

Im Wirtschaftsausschuss stellte Staatssekretär Jörg Bickenbach ein Mittelstandsgesetz in Aussicht.

Damit kam die Landesregierung einer Forderung der Opposition nach, die sich immer wieder über die Bevorzugung von Großunternehmen beklagt hatte.

Spitzen von Rundfunk und Fernsehen

zu Gast im Medienausschuss: ARD-Chef

Fritz Pleitgen, WDR-Rundfunkratsvorsitzender Reinhard Grätz, ZDF-Intendant Prof. Dieter Stolte und Ernst Elitz, Intendant des DeutschlandRadio erörterten mit dem Ausschuss die Finanzausstattung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Es war das erste Mal, dass ein parlamentarischer Gremium über

diese Fragen beriet, die bisher in der Kompetenz der Landesregierungen lagen.

Landtagspräsident Schmidt würdigte den verstorbenen ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Franz Meyers (CDU) in einem Staatsakt als „Gestalter, Modernisierer und pragmatischen Visionär“.

Der Landtag debattierte vier Stunden lang über eine Regierungserklärung von Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) pro Metrorapid. SPD und GRÜNE befürworteten das Projekt, wenn Bundesmittel bereitgestellt würden und das Land keine Risiken zu übernehmen habe. Die CDU-Opposition plädierte für einen „Eurorapid“ zwischen Rhein-Ruhr und Randstad/Niederlande.

MÄRZ

Der Landtag beschloss eine Verfassungsänderung, durch die die Hürden für Volksbegehren gesenkt wurden. Zusätzlich wurde das Instrument der Volksinitiative neu eingeführt.

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Frauenpolitik (Vorsitz Gerda Kieninger, SPD) zum Thema „Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik – Gender-Mainstreaming konsequent umsetzen“. Die ausnahmslos weiblichen Sachverständigen beklagten eine Pseudo-Gleichheit in vielen Bereichen, sahen aber auch Fortschritte durch Frauenförderpläne.

Der Landtag debattierte über die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der FDP-Fraktion zur Situation der Muslime in NRW. Die Regierungsfaktionen forderten eine bessere Akzeptanz des Islam, um den Muslimen die Integration zu erleichtern. Die CDU-Opposition stellte dringenden Handlungsbedarf beim islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen fest.

In einer Aktuellen Viertelstunde debattierte der Wirtschaftsausschuss (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) auf Antrag der FDP-Fraktion über ein neu zu errichtendes Kohlekraftwerk in Nordrhein-Westfalen. Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) erklärte, Kohle sei der „Energielieferant der Zukunft“.

APRIL

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) hörte Experten zum Problem steigender Pensionslasten für das Land NRW. Die Sprecher warnten ein-

dringlich vor einer krisenhaften Zuspitzung.

Konstituierende Sitzung der Enquetekommission „Zukunft der Pflege in NRW“. Vorsitzender wurde Landtagsvizepräsident Jan Söffing (FDP).

Unter dem Vorsitz von Klaus Stallmann (CDU) informierte sich der Ausschuss für Innere Verwaltung im Polizeipräsidium Aachen über Einsatzfähigkeit und Nutzen des Digitalfunks für die Polizei.

Im Unterausschuss Metrorapid (Vorsitz Gerhard Wirth, SPD) bemühte sich Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD), Zweifel an der Finanzierbarkeit des Projekts auszuräumen. Bei Großprojekten wie dem Metrorapid könne es ein „Nullrisiko“ nicht geben.

Sachverständige des mittelständischen Transportgewerbes trugen bei einer öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) ihre Sorgen vor der Einführung einer LKW-Maut vor. Schon jetzt habe das deutsche Transportgewerbe unter hohen Steuern und Arbeitskosten zu leiden.

MAI

Der Haushalts- und Finanzausschuss führte ein Expertengespräch zur Neuregelung der



RÜCKBLICK



Durchblick: Das Parlament öffnet seine Türen für die Rückschau auf die Arbeit des ablaufenden Jahres. Fotos: Schälte



zwischen der Koalition von SPD und GRÜNEN und der Opposition von CDU und FDP auf sechs Stimmen.

Aktuelle Stunde im Landtag zum Nitrofen-Skandal. Angriffe der FDP auf das Versagen der „grünen Öko- und Bioglückseligkeit“ konterte Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) mit dem Hinweis auf Wirtschaftsunternehmen als Verursacher der Krise. Dennoch müsse die Zusammenarbeit von staatlicher und privater Lebensmittelkontrolle verbessert werden.

Nach der Deutsch-Israelischen, Deutsch-Palästinensischen und der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe gibt es nun auch eine Deutsch-Baltische Parlamentariergruppe im Landtag, Vorsitz Landtagsvizepräsident Jan Söfing (FDP).

Die Landtagsdebatte über einen gemeinsamen Antrag von CDU und FDP zum Verzicht auf Studien- und zusätzliche Einschreibengebühren wurde von lautstarken Protesten von Studenten begleitet, die von der Zuschauertribüne aus Flugblätter in den Plenarsaal warfen.

Als erstes Landesparlament rief der Landtag NRW eine Deutsch-Türkische Parlamentariergruppe ins Leben, Vorsitz Wolfgang Röken (SPD). Außer Zusammenarbeit soll die Integration der 820 000 im Land lebenden Menschen türkischer Abstammung vorangetrieben werden.

SEPTEMBER

Stadtwerke-Vorstandsvorsitzende forderten beim Gespräch mit dem Kommunalausschuss (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) mehr Chancengleichheit und Handlungsspielraum im Wettbewerb mit großen Privatunternehmen. Sie wehrten

sich gegen den Vorwurf, die kommunalen Unternehmen nähmen dem Mittelstand Arbeitsplätze weg.

Finanzminister Peer Steinbrück und Innenminister Fritz Behrens brachten im Landtag ihre Entwürfe für den Landeshaushalt und die Gemeindefinanzierung 2003 ein. Als Gesamtvolumen sind 47,9 Milliarden Euro vorgesehen. Die erste Lesung im Plenum war kurz vor der Bundestagswahl von lautstarken Demonstrationen gegen Mittelkürzungen vor dem Landtag und von Wahlkampf-Schulduweisungen geprägt.

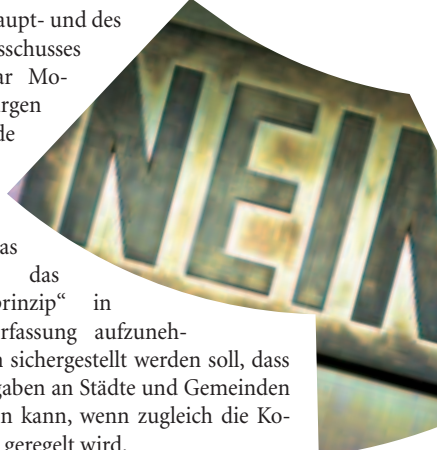
Unter dem Vorsitz von Gisela Walsken (SPD) beschäftigte sich der Ausschuss für Städtebau mit der Zulässigkeit von Mobilfunkantennen auf Wohngebäuden. Die Landesregierung kündigte einen Erlass an, der die bestehenden Sendeanlagen dulden und den Neubau von Funkmasten durch ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren ermöglichen werde.

In einer öffentlichen Anhörung des Haupt- und des Kommunalausschusses (Vorsitz Edgar Moron und Jürgen Thulke, beide SPD) befürworteten Experten

im Prinzip das CDU-Ziel, das „Konnexitätsprinzip“ in die Landesverfassung aufzunehmen, mit dem sichergestellt werden soll, dass das Land Aufgaben an Städte und Gemeinden nur übertragen kann, wenn zugleich die Kostenverteilung geregelt wird.

Schlagabtausch und Kritik im Ausschuss für Haushaltskontrolle (Vorsitz Rolf Seel, CDU) zwischen Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) und der Opposition wegen der Tätigkeit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW.

Debatte über die Integrationspolitik. Gut ein Jahr nach der von allen Fraktionen getragenen Integrationsoffensive legte die CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf zur besseren Eingliederung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger vor und monierte, es sei nicht viel passiert. Die Regie-



JUNI

Durch den Austritt von Jamal Karsli aus der GRÜNE-Fraktion verringerte sich der Abstand

Landtag aus der Vogelperspektive.

rungsfractionen wiesen auf zahlreiche Maßnahmen und den Integrationsbeauftragten hin.

OKTOBER

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) erläuterte der SPD-Fraktion im Landtag seine Entscheidung, Ministerpräsident Wolfgang Clement als neuen Superminister für Wirtschaft und Arbeit in das Bundeskabinett zu berufen. Finanzminister Peer Steinbrück wurde als Nachfolger für Clement nominiert.

Der Ausschuss für Frauenpolitik debattierte über einen Antrag der CDU-Fraktion auf Einführung eines bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in NRW. Das Gesundheitsministerium hielt nur schrittweises Vorgehen, beginnend mit den Brustkrebskranken, für möglich.

Haupt- und Innenausschuss (Vorsitz Edgar Moron, SPD und Klaus Stallmann, CDU) führten ein Expertengespräch zur Stärkung des Verfassungsschutzes und seiner Kontrollorgane durch erweiterte Auskunftsrechte beispielsweise gegenüber Banken und Telekommunikationsdienstleistern durch. Datenschützer äußerten Bedenken.

Neue Vorsitzende des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten wurde Oda Gerlind Gawlik (SPD) aus Mülheim/Ruhr.

Erste Lesung des NRW-Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Grundsicherung. Über 65-Jährige und dauerhaft Erwerbsgeminderte erhalten ab 1. Januar 2003 vollen Unterhalt sowie Wohn- und Heizkosten vom Staat.

Der Landtag debattierte über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der GRÜNEN zur Psychiatrie in NRW.

Drei Ausschuss-Anhörungen im Landtag am 30. Oktober: zu Regierungsentwürfen für ein Bestattungsgesetz NRW, für ein Tariftrueugesetz NRW und zu den Gemeindefinanzen 2003. Alle drei Themen lösten lebhafte Diskussionen in Ausschüssen und bei Betroffenen aus.

NOVEMBER

Als neuen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen wählte der Landtag am 6. November den bisherigen Finanzminister Peer Steinbrück mit 120 Ja- und 107 Nein-Stimmen. Steinbrück stellte sein Kabinett am 20. November vor und gab seine Regierungserklärung ab, der sich die Aussprache im Landtag anschloss.

Als neue Minister wurden im Landtag vereidigt Wolfgang Gerhards (Justiz), Ute Schäfer (Schule) und Wolfram Kuschke (Staatskanzlei).



Andere bzw. geänderte Ressorts erhielten Jochen Dieckmann (Finanz), Dr. Axel Horstmann (Verkehr/Energie) und Harald Schartau (Wirtschaft und Arbeit).

Die Mehrheit im Wirtschaftsausschuss verschärfte den Regierungsentwurf des Tariftrueugesetzes und verschob das Inkrafttreten um zwei Monate auf 1. März 2003. Das Landtagsplenum folgte der Ausschussempfehlung.

DEZEMBER

Bei der Anhörung im Wirtschaftsausschuss begrüßten die Sachverständigen das Ziel des neuen Mittelstandsgesetzes NRW. Von einigen Verbandssprechern wurden genauere Vorschriften empfohlen. Der Ausschuss setzt die Beratung über den Gesetzentwurf Anfang Februar fort.

Der Landtag verabschiedete den Haushalt 2003, zu dem der Finanzminister noch eine 1. und eine 2. Ergänzung einbringen musste, und das Gemeindefinanzierungsgesetz in 2. und 3. Lesung nach der Aussprache über die Etatansätze aller Ressorts.

In einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde debattierte der Landtag in der vorletzten Plenarsitzung des Jahres 2002 über die Zukunft des Steinkohlenbergbaus. Anlass war das Zerbrechen der „Kohlefraktion“ aus SPD und CDU im NRW-Landtag, nachdem die CDU sich für eine Halbierung der Kohleförderung bis zum Jahr 2010 ausgesprochen hatte.

Oberstes Ziel:**„Menschenwürdige Pflege sichern“**

Mit der Einrichtung der Enquetekommission „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“ wurde, laut Kommissionsvorsitzender Angelika Gemkow (CDU), auf eine der „wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen unserer Gesellschaft“ reagiert. Auf der Landespressekonferenz am 28. November, stellten Gemkow und ihr Stellvertreter Günter Garbrecht (SPD) erstmals das Arbeitsprogramm der Enquetekommission vor. Der Abschlussbericht soll voraussichtlich im Frühjahr 2005 vorgelegt werden.

Fakt ist: Die Menschen in Deutschland werden immer älter und der Anteil der Älteren in der Bevölkerung wird immer größer. Im Jahr 2001 lebten in Nordrhein-Westfalen zirka 18 Millionen Menschen, wovon mehr als vier Millionen über 60 Jahre alt waren. Prognosen der demographischen Entwicklung bestätigen diesen Trend: Bei einer schrumpfenden Gesamtbevölkerungszahl wird der Anteil der über 60 Jährigen ansteigen. Eine fortschreitende Verschiebung von „jung“ zu „alt“ scheint daher unumgänglich.

Mit zunehmendem Alter steigt allerdings auch die Wahrscheinlichkeit der Pflege- und Hilfsbedürftigkeit der älteren Menschen. An genau diesem Punkt möchte die Enquetekommission, die sich aus neun Abgeordneten sowie sechs Sachverständigen aus dem Pflegesektor zusammensetzt, mit ihrer Arbeit ansetzen. In einem ersten Arbeitsschritt geht es darum, den derzeitigen „Ist-Zustand“ der Pflege in Nordrhein-Westfalen zu dokumentieren und gleichzeitig die Defizite und Problemfelder im Pflegebereich zu identifizieren. In einer zweiten Arbeitsphase soll es darum gehen, konkrete Handlungskonzepte zur Verbesserung der Situation der Pflege auszuarbeiten und umzusetzen. Oberstes Ziel sei es, die

Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige Pflege zu schaffen und diese auch für die Zukunft zu sichern.

„Als Vorsitzende der Enquetekommission liegt mir dabei besonders am Herzen, den Wert der Arbeit all derer herauszustellen, die schon heute den Menschen in unsere Gesellschaft Hilfestellung geben, für die ein eigenständiges und menschenwürdiges Leben schwer oder gar unerreichbar wäre“, so Gemkow, „sie verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung.“ Ihrer Einschätzung nach sind allein in NRW rund zwei Millionen Menschen in das Thema „Pflege“ involviert – ob als professionelle wie auch ehrenamtliche Pflegekräfte, als Pflegebedürftige selbst oder als deren Angehörige.

ax



„Pflegekräfte verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung.“
Foto: Erik Hinz

„Pille“ und Rauchen erhöhen das Risiko von Erkrankungen

In ihren letzten beiden Sitzungen des Jahres im November und Dezember sind in der Enquete-Kommission Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW Gutachten zu den Themenschwerpunkten Herz-Kreislauferkrankungen, Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie Gesundheit und Versorgung von Migrantinnen vorgestellt worden.

Dr. Ursula Härtel von der Universität München präsentierte das Gutachten zur Ist-Analyse der Prävalenz der Herz-Kreislauferkrankungen bei Frauen in NRW. Im Gutachten ging es um geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Häufigkeit von Erkrankungen und Todesfällen im Bereich Herz-Kreislauf. Als Ergebnis konnte festgestellt werden, dass es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede gibt. Bemerkenswert war auch die Feststellung, dass das Rauchen für Frauen ein noch größeres Herzinfarktisiko mit sich bringt als für Männer, insbesondere in Verbindung mit

der Einnahme von Empfängnisverhütungsmitteln. „Aufgrund neuer Empfehlungen dürfte Frauen über 35, die regelmäßige Zigaretten rauchen, die „Pille“ eigentlich nicht mehr verschrieben werden“, so eine Schlussfolgerung von Professor Härtel.

Professor Dr. Carol Hagemann-White und ihre Mitarbeiterin Sabine Bohne, Frauenforschung der Universität Osnabrück, stellten das „Gewalt-Gutachten“ – Versorgungsbedarf und Anforderungen an die Professionellen im Gesundheitswesen im Problembereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen – vor. Es sollten Zusammenhänge aufgezeigt werden, mit denen Frauen und Mädchen gesundheitlich konfrontiert sind, wenn sie Gewalterfahrungen gemacht haben und den Anforderungen, die dadurch an das medizinische und gesundheitliche Versorgungssystem zu stellen sind. Die Bearbeiterinnen führten eine Expertinnen-Tagung durch. Zehn Empfehlungen zur konkreten Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung in NRW wurden vorgestellt. Die Arbeitsgruppe Ge-

walt der Enquete-Kommission befasst sich momentan mit der Frage, wie diese Ergebnisse der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Anfang Dezember wurde der Enquete-Kommission das Gutachten zur psychischen, psychosozialen und psychosomatischen Gesundheit und Versorgung von Migrantinnen in NRW vom Wissenschaftlichen Institut der Ärzte Deutschlands, Dr. Caren Weilandt und Alexander Rommel präsentiert. Migration ist in Europa zu einem bedeutsamen Faktor der sozial-ökonomischen und politischen Entwicklung geworden. Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland, in dem verglichen mit den anderen Bundesländern, die meisten Migrantinnen leben.

Das Risiko für Migrantinnen migrationsbedingt in psychische Krisen zu geraten, psychosoziale Verhaltensauffälligkeiten zu entwickeln oder an psychosomatischen Beschwerden zu leiden ist, von einem komplexen Bündel von Faktoren abhängig, insbesondere aber von den Sozialisationsbedingungen im Herkunftsland, den Erfahrungen der Migration und von den sozialen Lebensverhältnissen im Aufnahmeland. ☺

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Der **Städtebau-Ausschuss** (Vorsitz Gisela Walsken, SPD) führt am 8. Januar eine öffentliche Anhörung zum CDU-Antrag „Umnutzung alter landwirtschaftlicher Gebäude im Außenbereich“ (Drs. 13/2633) durch. Die CDU setzt sich für einheitliche Kriterien bei der Genehmigung von Nutzungsänderungen und für Hilfestellung bei neuer Verwendung alter Bausubstanz ein.

+++

Die **Enquete-Kommission Frauengerechte Gesundheitsversorgung** (Vorsitz Marianne Hürten, GRÜNE) tagt am 9. Januar im Gesundheitshaus in Münster, um sich über die Modernisierung und Vernetzung von Dienstleistungen und über frauenspezifische Angebote zu informieren. Nach der Tagung findet abschließend eine Podiumsdiskussion zu Erfahrungen mit dem Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst statt, an der Expertinnen der Stadt und Ratsfrauen aus Münster teilnehmen. Der Unterausschuss **Metrorapid** (Vorsitz Gerd Wirth, SPD) des Verkehrsausschusses wird am 9. Januar vom Verkehrsminister über den aktuellen Planungsstand und das Finanzierungskonzept für das Projekt informiert. Bei der 2. Lesung des Haushaltsentwurfs für 2003 war ein CDU-Antrag, die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,75 Milliarden Euro für Bundes- oder EU-Mittel zu streichen, in namentlicher Abstimmung abgelehnt worden. Jedoch hatte der Landtag den neuen Titel mit einem Sperrvermerk versehen.

+++

Mit dem **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) stellte das Ministerium am 17. Dezember das gesetzlich vorgeschriebene „Benehmen“ zum Landesstraßenbauprogramm 2003 her. Die Vorlage enthält die Verteilung der im Haushalt vorgesehenen 67 Millionen Euro auf einzelne Maßnahmen. In der letzten Sitzung eines Landtagsausschusses im Jahr 2002 behandelten die Ausschussmitglieder außerdem die Auswirkungen der Verschiebung der LKW-Maut auf den Bundesfernstraßenbau.

+++

In einem **Antrag aller Fraktionen** des Haushaltsausschusses beauftragte der Landtag am 18. Dezember die Landesregierung, bis zum 30. Juni 2003 einen Versorgungsbericht NRW vorzulegen. In dem Bericht sollen alle Zahlungsverpflichtungen des Lan-

des zur Altersversorgung seiner Bediensteten, Projektionen bis zum Jahr 2040 und Handlungsoptionen zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs aufgezeigt werden. Außerdem sollen Strategien für einen Kapitalstock benannt werden.

+++

Im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) gab in vertraulicher Sitzung am 13. Dezember Finanzminister Jochen Dieckmann Auskunft zur Dringlichen Frage der CDU, auf welcher Basis eine Landesbürgschaft an die Babcock-Auffanggesellschaft gewährt werden soll. Anschließend nahm die Mehrheit von SPD und GRÜNEN das Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 in der in der 2. Lesung beschlossenen Fassung an. Der Haushalt 2003 wurde mit mehreren Änderungen zur 3. Lesung verabschiedet. Dem CDU-Sprecher Helmut Diegel gratulierte der Ausschuss zur Geburt eines Sohnes mit einem Blumenstrauß.

+++

Im **Agrarausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) berichtete die Landesregierung am 28. November über „Landwirtschaftliche Wildhaltung in NRW“.

+++

Der **Haushaltsausschuss** stimmte der Wiederbesetzung der Stelle der Leiterin des Landesentrums für Zuwanderung zu, nachdem die bisherige Leiterin Dr. Lale Akgün in den Bundestag gewählt worden ist.

+++

Zum sechsseitigen CDU-Antrag „Ausgeglichene Wohnungsmärkte zur Reform der Fördersysteme nutzen: Eigentum stärken und künftigen Entwicklungen gerecht werden“ (Drs. 13/2633) führt der **Städtebau-Ausschuss** im Frühjahr 2003 zwei Anhörungen durch,

und zwar zum Fehlbelegungsrecht und zur Subjekt-/Objektförderung.

+++

Zum CDU-Antrag „Einführung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in NRW“ (Drs. 13/2637) führt der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales** (Vorsitz: Bodo Champignon, SPD) am 5. Februar 2003 eine öffentliche Anhörung durch.

+++

Auf den 6. Februar 2003 haben sich die Fraktionen im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) als Termin für das Gespräch mit Sach-

verständigen über den FDP-Antrag zu nachhaltiger Finanzpolitik „Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen einsetzen“ (Drs. 13/2645) geeinigt.

+++

Der **Hauptausschuss** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) stimmte Einsparungsvorschlägen aller vier Fraktionen in Höhe von 1,6 Millionen Euro beim Landtag zu. Dem Haushaltsentwurf zum Einzelplan 01 (Landtag) stimmten traditionell als einzigem Einzelplan alle vier Fraktionen am 5. Dezember im Haushaltsausschuss zu.

An der Abstimmung über den Haushaltsentwurf für das Wirtschaftsressort im **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) nahmen die Fraktionen der CDU und FDP nicht teil, weil sie die 2. Ergänzungsvorlage erst kurz vor Sitzungsbeginn erhalten hatten.

+++

Im **Ausschuss für Kommunalpolitik** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) lobte Winfried Schittges (CDU) die Landesregierung für eine Verordnung, die die Zuständigkeit für betreutes selbstständiges Wohnen ausschließlich den Landschaftsverbänden überträgt, was auch SPD- und GRÜNE-Fraktion gefordert hatten.

+++

Der **Ausschuss für Grubensicherheit** (Vorsitz Peter Budschun, SPD) informierte die Werksleitung in Haltern am 6. Dezember über die aktuelle Situation des Bergwerks Auguste Victoria.

+++

Dem **Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung** (Vorsitz Klaus Strehl, SPD) teilte Ministerin Bärbel Höhn mit, die Studie des Gelsenkirchener Instituts für Unterirdische Infrastruktur über die Umsetzung der Selbstüberwachungsverordnung Kanal werde im Frühsommer 2003 vorliegen. Das Institut schätze den Investitionsbedarf für die Sanierung von Kanälen in NRW auf 10,4 Milliarden Euro (Vorlage 13/1815).

+++

In den Bergwerken Dreislar, Lippe, Walsum und Wohlverahrt-Nammen wurden im Jahr 2001 210000 Tonnen Abfall unter Tage versetzt. Ab 2006 gelten strengere Grenzwerte, teilte Ministerin Höhn dem **Umweltausschuss** im Bericht über die Versatzverordnung mit.

+++

Zur Jahresmitte 2002 befanden sich 544 Personen, darunter 84 Frauen, in der Abschiebehafte in NRW. Das wurde im Berichterstattungsgespräch des **Haushaltsausschusses** zum Einzelplan 03 (Innenministerium) bekannt. Außerdem erfuhr die Berichterstatter, bisher seien 24802 Schutzwesten für die Polizei ausgeliefert worden, benötigt würden 33000.

+++

Der **Wissenschaftsausschuss** (Vorsitz Joachim Schultz-Tornau, FDP) vertagte die abschließende Beratung und Abstimmung über das Studienkonten- und Finanzierungsgesetz (Drs. 13/3023) auf den 9. Januar 2003.



Landwirtschaftliche Wildhaltung in NRW beschäftigte den Agrarausschuss. Illustration: h2m

In Zeitungsinserten der Oberhausener Lokalpresse war Anfang Oktober zu lesen, dass die hundertprozentige Tochter der Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG), die „LEG Gesellschaft für Vertrieb und Mieterprivatisierungen mbH“, den Verkauf von 619 Wohnungen mit einem Gesamtkaufpreis von 21,6 Millionen Euro in Oberhausen beabsichtigt. Die Anzeigen unter der Überschrift „Zum Glück gibt's Immobilienanlagen aus bestem Hause“ führten zu einer erheblichen Verunsicherung in Oberhausen – und in Düsseldorf auf Antrag der CDU-Fraktion zu einer Aktuellen Viertelstunde im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen (Vorsitzende Gisela Walsken, SPD).

LEG Oberhausen:

„Anzeigen sollten nur mögliche Käufer gewinnen“

Eine konkrete Verkaufsabsicht habe den Inseraten nicht zu Grunde gelegen, erklärte Staatssekretär Manfred Morgenstern vom Städtebauministerium: Mit der Anzeigenschaltung sei keine öffentliche Ausschreibung vorgenommen worden, teilte er den Abgeordneten mit: „Die Anzeige sollte lediglich dazu dienen, den Marktwert der Immobilienbestände zu eruieren und potenzielle Interessenten zu gewinnen“.

Der Aufsichtsrat der LEG, dem der Staatssekretär als Vorsitzender angehört, sei mit der Angelegenheit nicht befasst gewesen. Es gebe zwar vom Aufsichtsrat die strategische Entscheidung, dass das beschlossene Modernisierungs- und Instandhaltungsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro unter anderem auch aus dem Verkauf von unrentablen Wohnungsbeständen zu finanzieren sei; welche Bestände aber als unrentabel zu identifizieren seien, stelle Aufgabe der Niederlassungen dar. Dem Aufsichtsrat würden die geplanten Verkäufe erst dann zur Beschlussfassung vorgelegt, „wenn ein Käufer gefunden wurde, die konkreten Rahmenbedingungen für einen Kaufvertrag ausgehandelt wurden und die Finanzierung vorliegt“. Und weiter: „Weil noch keine Entscheidung über einen Erwerber getroffen wurde, ist dies noch nicht der Fall gewesen“.

Weiter erklärte Morgenstern in seinem Bericht, die Mieter der LEG würden bei Veräußerungsabsichten dann informiert, wenn eine konkrete Absicht erkennbar sei. Die Mieter interessierten ja nicht die allgemeine Veräußerungsabsicht, sondern meistens der Erwerber. „Bislang ist noch kein Erwerber gefunden worden“.

Der Abgeordnete Bernd Schulte (CDU) stimmte der Wertung des Vorgangs nicht zu: Es sei festzustellen, dass die LEG wieder einmal ein Verkaufsverfahren an den Gremien vorbei ange-

stoßen habe. Auch die Stadt Oberhausen sei nicht von der Absicht in Kenntnis gesetzt worden, dass diese Wohnungen verkauft werden sollen. Diesen Umstand habe die LEG – Geschäftsführung inzwischen eingeräumt und der Stadt gegenüber bedauert. Es sei festzustellen, meinte Schulte, dass eine Landesbeteiligung wie die LEG zum wiederholten Male in einer Weise vorgehe, die nicht nur auf Kritik seiner Fraktion, sondern auch auf die Kritik des Oberbürgermeisters der jeweiligen Stadt stoße. Es sei Meinung der CDU-Fraktion, „dass eine Landesbeteiligung und die Gremien einer Landesbeteiligung auf eine gute Kooperation mit der jeweiligen Gebietskörperschaft Wert zu legen hätten, weil der Erhalt und die Zukunft der Wohnungen ein wichtiger Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik ist“.

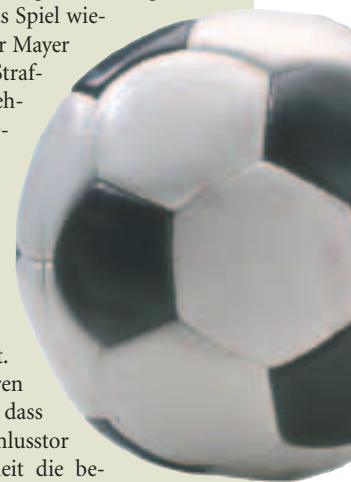
KOOPERATION

Die Ausschussvorsitzende schlug vor, das operative Geschäft der LEG und die politische Wertung sauber zu trennen. Gisela Walsken: Selbstverständlich könne sich der Ausschuss damit befassen, wenn es Probleme gebe, wie das in Hamm in der Siedlung Schottscheife/Schlangenkamp vor einiger Zeit der Fall gewesen sei. „Aber es ist nicht sinnvoll, im Ausschuss sich darüber zu unterhalten, wie sensibel es gewesen ist, dass der Niederlassungsleiter den Weg in die Öffentlichkeit gewählt hat“. In Hamm, so merkte Dr. Georg Scholz (SPD) an, habe ein anderer Sachverhalt insofern vorgelegen, als die Kommune frühzeitig über das Verkaufsverfahren informiert worden sei. Allerdings hätten damals alle Beteiligten von einem Verkauf abgeraten, trotzdem sei er erfolgt.

FCL: In letzter Sekunde den Ball von der Linie gekratzt

Ohne zwei seiner Säulen, nämlich Spielführer Günter Langen und Coach Wolfgang Euteneuer, musste der FC Landtag im schweren Auswärtsmatch gegen den MSV Duisburg antreten. Trotz dieses Mankos bestritt der FCL die Partie taktisch gut eingestellt, begegnete dem MSV gut gestaffelt und zog das eigene Spiel diszipliniert auf. Gefährlicher aber waren die von Detlev Pirsig dirigierte MSV-Angriffe, die aber auf einen starken Abwehrblock des FCL mit Jörg Krause, Bernd Heimfarth und Karsten Herlitz als Turm in der Schlacht trafen. Außerdem zwängten sich die Abgeordnetenleiber von Bernhard Tenhumberg, Thomas Mahlberg, Wolfgang Hüsken, Hans Kraft und Ralf Jäger geschickt immer wieder zwischen Ball und Gegner und erstickten so manch hoffnungsvollen MSV-Ansatz. Was schließlich doch durch kam, wurde eine Beute des sicheren FCL-Keepers Rene Markgraf oder ging am Gehäuse vorbei. Der FCL hielt gut mit, zumal Werner Mayer nun auch dafür sorgte, dass es auch vor dem MSV-Tor ab und zu brannte. Das 0 : 0 zur Pause war verdient, wiegte allerdings den FCL in einer trügerischen Sicherheit.

Es genügte eine nur wenige Minuten währende Phase des Unkonzentriertseins und der Unordnung und schwuppdwupp wurde das Parlamentsteam dafür mit drei Gegentreffern bestraft. Abschlichten aber ließ sich der FCL nicht. Er kämpfte und fing sich wieder, und schließlich schloss der gewohnt dynamisch über den linken Flügel kommende Jens Harmeier einen Angriff mit einem Schuss in die lange Ecke erfolgreich ab. Nun wogte das Spiel wieder hin und her. Werner Mayer kreuzte vor dem MSV-Strafraum, zog unwiderstehlich an drei Abwehrspielern vorbei und schob die Kugel am Torhüter vorbei. Der Torjubil blieb ihm jedoch im Halse stecken, denn im letzten Moment wurde das Leder noch von der Linie gekratzt. Etliche Kommentatoren waren sich darin einig, dass dieses mögliche Anschlussstor dem FCL mit Sicherheit die berühmte zweite Luft beschert hätte. Doch „hätte“ zählt nicht. Insgesamt war es ein verdienter Sieg des MSV, der beim freundschaftlichen Beisammensein nach dem Spiel im Sportheim analysiert wurde. Die FCL-Truppe stellte sich dabei vor, hinter und neben ihren Coach Wolfgang Euteneuer und versicherte ihm, dass sein Stuhl nicht wackelt. Was das im heutigen Fußballgeschäft zu bedeuten hat, ist bekannt.



SPD

Zukunftskonzept Aufbruch Ruhr stärkt Kommunalverband

Die SPD-Fraktion unterstützt mit Nachdruck die Haltung der Landesregierung zur Verwirklichung des Metrorapids. Das Land hat seine finanziellen Möglichkeiten zur vorbereitenden Planung in großem Umfang geleistet und kann zusätzliche Vorleistungen nicht mehr erbringen. Jetzt muss der Bund im Haushalt 2003 Barmittel bereitstellen, um den Weg für die weitere Vorfinanzierung des Projektes freizumachen. In den laufenden Haushaltsberatungen wird daher sichergestellt, dass die rechtlichen Verpflichtungen, die das Land in 2002 zur Vorbereitung einer schnellen und umfassenden Planung des Metrorapids eingegangen ist, im Landeshaushalt 2003 ausgewiesen und finanziell abgesichert werden.

Die Landesregierung wird ein Finanzierungskonzept für den Metrorapid vorlegen. Die SPD-Fraktion erwartet, dass der Bund zu seinem Wort steht und die erste Rate der Bundesmittel in Höhe von 200 Millionen Euro und die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre in den Haushaltsplan des Bundes einstellt.

„Modern, dienstleistungsfähig und effektiv; das ist das Zukunftskonzept Aufbruch 'Ruhr'“, so Michael Groschek, zuständig in der SPD-Landtagsfraktion für die Entwicklung der Ruhr-Region. Im Zentrum der künftigen interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit stehe dabei die Stärkung des KVR, die Reform der Landesplanung, der Gemeinde- und der Kreisordnungen. So solle der KVR durch die flexiblere Handhabung bei den Mitgliedschaften und durch die Ausweitung der Aufgaben weiter entwickelt werden. Dazu gehöre, dass künftig auch Kommunen am Rande des Ruhrgebiets beitreten können. Der Aufgabenkatalog des KVR soll unter anderem durch die Bereitstellung von Informationsgrundlagen und durch eine regionale Wirtschaftsförderung erweitert werden.

CDU

Kürzungen bei Behinderten sind unfair und ungerecht

Die CDU hat die Landesregierung in den Haushaltsberatungen 2003 dazu aufgefordert, die Kürzungen bei den Behinderten zurückzunehmen. In einem Antragspaket stellte die CDU dazu konkrete Forderungen:

- Die Kürzungen bei den Therapeuten an den Schulen für Körperbehinderte im Umfang von 8,5 Millionen Euro müssen rückgängig gemacht werden.
- Die Zuschüsse für Behindertenwerkstätten in der bisherigen Höhe von 1,4 Millionen Euro müssen bestehen bleiben.
- Betreuungsvereine sollen auch künftig für ihre wichtige ehrenamtliche Arbeit Zuschüsse in Höhe von 4,1 Millionen Euro vom Land erhalten.
- Die Modellprojekte zur Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur müssen auch in Zukunft im bisherigen Umfang von 1,3 Millionen Euro garantiert werden.

Von den Kürzungen sind alle Bereiche des Sozialhaushaltes betroffen: Kinder- und Jugendarbeit, Erziehungsberatung, Jugendsozialarbeit, Kindertagesstätten, Suchtberatung, Altenpflege, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Lehrlingsförderung und Flüchtlingsbetreuung.

Als besonders bedrückend empfindet die CDU-Landtagsfraktion die Einschnitte in die Programme zur gesellschaftlichen Integration und Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Ein besonders eklatantes Beispiel ist aus ihrer Sicht die komplette Streichung der Finanzierung der Therapeuten an den Schulen für Körperbehinderte. In anderen Bundesländern sind die Therapeuten an Schulen für Körperbehinderte als Landesbedienstete beschäftigt. Demgegenüber gilt dieser Zuschuss in Nordrhein-Westfalen als „freiwillige Leistung“. Die CDU bezeichnet es als Pflichtaufgabe, Behinderten die bestmögliche Betreuung zukommen zu lassen.

FDP

Pavlik zum Streit im Gesundheitswesen: Landesregierung muss handeln

Angesichts der bedrohlichen Lage im Gesundheitswesen hat die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Jana Pavlik, NRW-Gesundheitsministerin Birgit Fischer aufgefordert, „umgehend das Gespräch mit den Ärzten zu suchen und vermittelnd in den Konflikt mit der Bundesregierung einzugreifen.“ Wenn sich in NRW auch nur zehn Prozent der niedergelassenen Kassenärzte dem angekündigten Streik anschließen oder ihre Praxis nach der Methode „Dienst nach Vorschrift“ betrieben, müssten rund 1.800 Praxen im Land vorübergehend schließen oder ihre Sprechzimmer seien mit bis zu 30 Wartepatienten dauerhaft überfüllt. Sie könne sich zwar nicht vorstellen, dass auch nur ein Arzt seine Verantwortung für seine Patienten einem Streik opfere, sagte Pavlik. „Aber es ist schon mehr als fatal, wenn ärztliche Versorgungsethik und Patientengeduld schäbig missbraucht werden, um jeden Reformschritt zu verweigern. Ich halte diese Streikdrohung für einen letzten Hilferuf vieler Kollegen aus der Ärzteschaft. Angesichts der Berliner Verordnung, im Abrechnungsbereich Nullrunden fahren zu müssen oder Einnahmen auf dem jetzigen Jahresniveau eingefroren zu bekommen, ist die Motivation der Ärzte nachvollziehbar“, so die praktizierende Medizinerin. Schließlich werde auch von den Betrieben nicht erwartet, dass sie ihr Einkommen auf dem Vorjahressatz einfrieren. Ganz im Gegenteil dränge die Gewerkschaft Verdi derzeit mit Streikandrohungen auf mehr als drei Prozent Lohnerhöhung. Die FDP-Politikerin warnte die NRW-Gesundheitsministerin davor, weiterhin von Panikmache interessierter Kreise zu sprechen und kündigte an, in der bevorstehenden Haushaltsdebatte detailliert auf die dramatische Lage im Gesundheitswesen einzugehen.

GRÜNE

Können Politiker und Beamte weiblich denken?

Im Prinzip ja, aber nicht alle! Zu diesem Ergebnis kam eine Untersuchung der Grünen Landtagsfraktion zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG). Das LGG ist seit drei Jahren in Kraft und schreibt unter anderem vor, Rechtsvorschriften, Vordrucke und Schriftverkehr geschlechtergerecht zu formulieren. Dies ist nicht unwichtig, denn Untersuchungen haben ergeben, dass sehr viel weniger Frauen benannt werden, wenn beispielsweise Künstler – statt Künstlerinnen und Künstler – für einen Preis vorgeschlagen werden.

Drei Jahre sollten Zeit genug sein, elegante geschlechtsneutrale Formulierungen zu finden oder sich darauf einzustellen, die männliche und die weibliche Form zu nutzen. Eine Überprüfung von Ministerialblättern, Gesetz- und Verordnungsblättern dieses Jahres aber ergab, dass trotz gesetzlicher Vorgabe in den meisten Ministerien immer noch nicht weiblich gedacht und geschlechtergerecht formuliert wird. So schreiben sie in ihren Verordnungen weiterhin durchgehend männlich ‚Arbeitgeber, Polizist, Landwirt, Beisitzer und Besoldungsempfänger‘.

Aber es gibt drei Ministerien, die Anlass zur Hoffnung geben: Sie beziehen die Soldatin, Bauherrin, Lehramtsanwärterin und Ärztin mit ein. Wir gratulieren dem Frauenministerium (MFJFG), dem Bildungsministerium (MSWF) und dem Bauministerium (MSWKS) ganz herzlich und wünschen ihnen, dass der Weihnachtsmann seine Gaben großzügig bei ihnen verteilt. Bei den andern Ministerien muss Knecht Rupprecht ordentlich die Rute kreisen lassen. Anschließend muss er dringend bei den Sparkassen vorbeigehen, um ihnen begreiflich zu machen, dass auch Frauen (noch) bei ihnen Konten haben. Das Landesgleichstellungsgesetz gilt auch für die Sparkassen! Denn andere Banken können weiblich denken.

Porträt der Woche: Wolfgang Gerhards (SPD)

Wolfgang Gerhards ist aus der evangelischen Kirche ausgetreten. „Schon lange her“, sagt er dazu lapidar. Und als Jura-Student in Bonn hat er Mitte der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts den legendären Repetitor Paul Schneider gemieden und statt dessen bei „Alpmann“ fürs Erste Staatsexamen (1975) gebüffelt. Als Student der Rechte in Bonn nicht zu Schneider („Einzigste Hochschule Deutschlands“) in der Kaiserstraße 1 c zu gehen, glich der Haltung, Dosensuppen zu löffeln, obwohl ein reiches Büffet lockt. Ist der neue Justizminister am Tische von Peer Steinbrück womöglich vom Geist, der stets verneint? Für die Schneider-Abstinenz gibt er eine Erklärung: Der Schneider sei ihm zu konservativ gewesen. Als Student war Gerhards noch kein eingeschriebener Sozi, die SPD-Mitgliedschaft beantragte er 1985, als er bereits Verwaltungsrichter in Köln und Münster war.

Wer dem vor 53 Jahren in Mülheim an der Ruhr geborenen Brühler zum ersten Mal begegnet, dem fällt die äußere Wuchtigkeit auf. Man erinnert sich an oppositionelle Kritik aus Gerhards Finanzministerjahren in Sachsen-Anhalt (1998 bis Frühjahr 2002), der Westimport gebärde sich als Finanz-Rambo. Wenn man mit dem neuen Landesjustizminister jedoch ins rechtspolitische Gespräch kommt, zeigt sich schnell, dass er zurückhaltend formuliert, wohl eher der liberalen Denkschule angehört, wonach sich der Rechtsstaat nicht schneidig zu präsentieren habe. Gerhards Satz, eine Legalisierung des

Konsums von Haschisch dürfe nicht sein, weil der Staat Grenzen setzen müsse, zählt zu den seltenen Äußerungen, wo in dem Däubler-Gmelin-Zögling ein Stück Otto Schily („Law and Order sind sozialdemokratische Werte“) aufblitzt. Zur hin und wieder diskutierten Möglichkeit, der wachsenden Jugendkriminalität mit einer Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters von 14 auf zwölf Jahre zu begegnen, meint er: „Das halte ich für falsch, weil es die Probleme nur verschiebt.“

Selbstbewusstsein

Fragt man den Justizminister, was der Staat gegen dreiste Klau-Kinder, welche in rheinischen Großstädten unterwegs sind, machen könne, entfährt Gerhards ein „Da ist der Staat ziemlich machtlos.“ Er weiß, dass das ziemlich desillusionierend klingt, indes: „Man kann allenfalls versuchen, an die Hintermänner der Klau-Kinder heranzukommen.“ Im Übrigen bestehe die einzige Möglichkeit darin, die sozialen Bedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern. Da stellt man sich den Minister vor, wie er einer soeben ihrer Handtasche beraubten alten Dame erklärt, die Politik könne ihr wenig helfen, um dann die Prognose zu riskieren: Solche Wahlkämpfer wie Richter Gerhards werden der Sozialdemokratie

an Rhein und Ruhr die um innere Sicherheit besorgten Menschen nicht in Scharen zuführen.

Es gehört zu den sympathischen Zügen des Justizministers, dass er sich im ungewohnten Ressort an viele Themen erst herantastet, auch einmal sagt, da fehle ihm noch der Zugang. In solchen Gesprächs-Situation stellt sich aber schnell die Ahnung ein, dass der Mann, wenn er erst einmal rechtspolitisch fest im Sattel sitzt, die Zügel nicht aus den Händen geben werde. Mit einem selbstbewussten Chef wird man im Justizministerium zu rechnen haben, wenn Gerhards Eingewöhnungsphase vorüber ist.

Der frühere Verwaltungsrichter hatte erstmals 1988 Kontakt mit der Bonner Politik – als Referent für öffentliches Recht bei Herta Däubler – Gmelin in der Bundestagsfraktion. Das dürfte nicht vergnügungssteuerpflichtig gewesen sein. Von 1991 bis 1994 war Gerhards Ministerpräsident Scharpings Mann in der Bonner Rheinland-Pfalz-Vertretung 1994 rief ihn aus Magdeburg Regierungschef Reinhard Höppner (SPD), der eine PDS-geduldete Landesregierung gebildet hatte. Chef der Staatskanzlei blieb Gerhards, den es zur Familie an den Rhein zog, nur ein Jahr lang. Nach drei Jahren (1995 bis 1998) an Münteferings Seite in der Bonner SPD – „Baracke“ rief Höppner erneut, und Freund Gerhards übernahm das sachsen-anhaltinische Finanzressort – eine Mangelverwaltung der ganz besonderen Art.

Der Junge des Ruhrgebiets, der sich als verheirateter Vater von drei Kindern im rheinischen Brühl pudelwohl fühlt, der sich als standhaft und robust bezeichnet, ist ein Hobby-Eisenbahner. Selbst in der Magdeburger Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung hatte er sein Modell aufgebaut.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)



Krankheitskosten:

Präsident votiert für Gleichbehandlung

Einstimmig beschlossen wurde der von allen vier Fraktionen getragene Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Drs. 13/3307) in der Sitzung des Hauptausschusses unter dem Vorsitz von Edgar Moron (SPD).

Der Gesetzentwurf sieht die Übertragung der erhöhten Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe auch auf den Personenkreis der ehemaligen Präsidenten, Vizepräsidenten und Abgeordneten vor, soweit sie Versorgungsempfänger nach dem Abgeordnetengesetz (AbgG) sind. Ziel der im Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2003 vorgesehenen Erhöhung der Kostendämpfungspauschale ist die stärkere Beteiligung der Beihilfeberechtigten

an den Krankheitskosten. Während die aktiven Abgeordneten gemäß Paragraf 20 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes durch die Änderung der Beihilfeverordnung im Haushaltsgesetz 2003 bereits erfasst werden, gelten für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bislang noch die alten (niedrigeren) Selbstbeteiligungssätze. Um hier eine Gleichbehandlung sicherzustellen, hat der Landtagspräsident Ulrich Schmidt die vier Fraktionen gebeten, einen Gesetzentwurf einzubringen. Dieser sieht eine Erhöhung der Selbstbeteiligung für ehemalige Präsidentinnen und Präsidenten von 174 auf 250 Euro, für ehemalige Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten von 138 auf 200 Euro und für ehemalige Abgeordnete von 102 auf 150 Euro vor. Durch die Erhöhung der Kostendämpfungspauschale versprechen sich die Fraktionen jährliche Einsparungen in Höhe von über 16 000 Euro. Der Gesetzentwurf wurde in der Plenarsitzung am 13. Dezember vom Landtag in zweiter Lesung verabschiedet. **ax**

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-2 545 und 884-23 09, Fax 884-30 22

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg

Herstellung und Versand:

L. N. Schaffrath, Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 13. Dezember 2002 bis 27. Januar 2003

- 13.12. Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) 59 J.
- 15.12. Wilfried Kramps (SPD) 63 J.
- 15.12. Hans-Martin Schlebusch (CDU) 56 J.
- 18.12. Frank Sichau (SPD) 55 J.
- 18.12. Dietmar Brockes (CDU) 32 J.
- 21.12. Gerhard Wirth (SPD) 51 J.
- 22.12. Josef Wilp (CDU) 64 J.
- 22.12. Horst-Dieter Vöge (SPD) 55 J.
- 23.12. Heinz Sahnen (CDU) 56 J.
- 24.12. Hans Frey (SPD) 53 J.
- 25.12. Heinz Wirtz (SPD) 59 J.
- 29.12. Bodo Champignon (SPD) 61 J.
- 30.12. Oliver Keymis (GRÜNE) 42 J.

- 1.1. Claudia Nell-Paul (SPD) 49 J.
- 6.1. Günter Garbrecht (SPD) 53 J.
- 7.1. Rainer Schmeltzer (SPD) 42 J.
- 7.1. Christian Lindner (FDP) 24 J.
- 8.1. Hubert Schulte (CDU) 58 J.
- 10.1. Peer Steinbrück (SPD) 56 J.
- 10.1. Josef Hovenjürgen (CDU) 40 J.
- 13.1. Hans-Dieter Moritz (SPD) 63 J.
- 13.1. Volkmar Klein (CDU) 43 J.
- 15.1. Dr. Georg Scholz (SPD) 45 J.
- 17.1. Bernd Flessenkemper (SPD) 53 J.
- 18.1. Horst Engel (FDP) 56 J.
- 19.1. Karl-Heinz Rusche (SPD) 62 J.
- 19.1. Thomas Mahlberg (CDU) 38 J.
- 20.1. Hermann Josef Arentz (CDU) 50 J.
- 23.1. Gabriele Gorcitza (SPD) 51 J.
- 23.1. Karl Peter Brendel (FDP) 48 J.
- 24.1. Urban-Josef Jülich (CDU) 63 J.
- 24.1. Barbara Steffens (GRÜNE) 41 J.
- 25.1. Tanja Brakensiek (CDU) 34 J.
- 27.1. Hans-Peter Meinecke (SPD) 59 J.

Ina Meise-Laukamp (SPD), sportpolitische Sprecherin ihrer Fraktion, hat die gesamte Mannschaft des TBV Lemgo, derzeit Tabellenführer in der Handball-Bundesliga, zu Botschaftern der Olympiabewerbung Rhein-Ruhr 2012 ernannt. Bei der feierlichen „Ordensverleihung“ auf Burg Blomberg steckte sie den über Ostwestfalen hinaus populären Handballern die farbenfrohen Olympiastecknadeln ans Revers.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 23. Januar 2003 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



„Es weihnachtet sehr im Landtag.“

Weißer Schleifen und prunkvolle Glitzersterne: Wie schon in den vergangenen Jahren schmückt Anne Obri den Weihnachtsbaum in der Eingangshalle des Landtags und schafft damit im Haus eine kleine Oase für weihnachtliche Besinnlichkeit.

Foto: Schälte